

WIRTSCHAFT ETHIK

Mitteilungen der Gesellschaft zur Förderung von Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V.

Liebe Freunde, Interessenten und Mitglieder,


Es schellt und am Eingangstor steht eine ausländische Mutter mit Baby und bettelt. In Erinnerung an den barmherzigen Samariter geben wir ihr etwas Geld. Monatlich betteln nun Mütter mit Kindern an unserer Tür. Einmal sah ich mehrere Frauen aus einem Auto aussteigen und die benachbarten Straßen abklappern. Misstrauisch geworden bot ich der nächsten Mutter mit Kind, die bei uns bettelte, nur Lebensmittel an, da sie behauptete, sie habe Hunger und das Kind benötige Nahrungsmittel. Die Lebensmittel fanden wir später hinter einer Hecke wieder. Als die nächste Frau an unsere Tür kam und versicherte, sie suche Arbeit, bot ich ihr eine Arbeitsstelle an. Wir vereinbarten, uns am kommenden Tag um 10.00 h am Marktplatz zu treffen. Ich wartete lange – es erschien niemand – seither klingelt es seltener.

Daran musste ich denken als ich kürzlich in der Zeitung las, dass Migranten und Asylanten keine Sachleistungen mehr haben wollen, sondern Bargeld. Dieser Forderung sollten unsere Regierungen nicht nachkommen. Staatliche Hilfen führen nicht zu einem „Dankeschön“, sondern zu einem „mehr nicht?“ Es ist ein Gebot der Nächstenliebe, Menschen in Not zu helfen. Aber es kommt auch darauf an, kluge Hilfe zu geben. Am besten wäre es, ihnen Arbeitsmöglichkeiten zu eröffnen. Die Armen sollten nicht betteln müssen, sondern ihren Lebensunterhalt verdienen können.

Hilfe kann nämlich missbraucht werden. Wir stehen vor einem ethischen Dilemma. Es ist ökonomisch optimal, Geld statt Sachleistungen anzubieten. Doch bei fehlendem Verantwortungsbewusstsein der Empfänger muss der Staat die Steuerzahler vor Ausbeutung und Missbrauch der Hilfe schützen. Das gilt auch für andere Bereiche der Sozialpolitik. Die Politik darf bei der Konzipierung ihrer Gesetze nicht von guten Menschen ausgehen; sie muss immer im Blick behalten, ob und wieweit die Hilfe missbraucht werden kann.

Ein Zurück zu christlichen Grundwerten ist zum Erhalt unseres Gesellschafts- und Sozialsystems notwendig. Hier haben Christen eine wichtige Aufgabe.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr  Werner Lachmann

Grundfragen der Wirtschaftsethik XXXII:

Ethische SchiefLAGen unserer Wirtschaft

Beim Erntedankfest in unserer LKG lagen heuer auf dem Gabentisch nicht nur Obst und Gemüse – sondern auch Schultüten, Bücher, ein Stethoskop, eine Puppe und andere außergewöhnliche Dinge. Dann wurden die Geber dieser Gaben aufgerufen und gefragt, warum sie diese Dinge auf den Erntedanktisch gelegt hätten. Das Stethoskop stammte von einem Lehrer, der von einem Schlaganfall genas, und dankbar für das Gesundheitssystem war, Kinder dankten für das Schulsystem usw. Zum Erntedank gehören nicht nur die Lebensmittel. Wir dürfen darüber nachdenken (Danken hängt mit Denken zusammen!), wie gut es uns eigentlich geht. Deshalb diese Vorwegbemerkung: Dankbar dürfen wir für das gesellschaftliche Erreichte in Deutschland sein! Wir haben relative Rechtssicherheit, eine gute soziale Absicherung – im Vergleich zur Dritten Welt ist sie phantastisch! Unsere Verwaltungen funktionieren und die Freiheit ist noch gewahrt. Gerade die ersten zwei Jahrzehnte Soziale Marktwirtschaft haben zu einem „Wohlstand für alle“ geführt – zumindest für fast alle. Wir können nur auf hohem Niveau jammern. Dennoch künden sich bedenkliche Entwicklungen an, die es aufzuzeigen gilt.

An folgenden Punkten möchte ich die ethischen SchiefLAGen erläutern. Bemängelt werden muss der Verlust an Moral – angefangen bei Politikern und Wirtschaftsführern bis zu

INHALT

Grundfragen der Wirtschaftsethik XXXII:

Ethische SchiefLAGen unserer Wirtschaft 1

Positionen:

Führung „als Beruf“ 7

Heiligung des Menschen und treue Haushalterschaft 12

Kommt nach der Großen Rezession die Hyperinflation? 15

Rezensionen:

Die verblödete Republik 21

Breviere II 22

Richtigstellung 22

Aufstieg für alle 23

Gesellschaft im Wandel 24

Fragekasten:

Wie kam es zu der hohen Staatsverschuldung? 23

Impressum/Über die GWE 24

Fortsetzung: Ethische Schief lagen unserer Wirtschaft

Grundfragen der Wirtschaftsethik – von Werner Lachmann

Hartz IV-Empfängern. Sodann muss auf die Beschränkungen des Wettbewerbs hingewiesen werden: Der Einfluss der Interessengruppen ist stetig weiter gewachsen. In diesem Zusammenhang ist die Vermachtung der Wirtschaft zu nennen: Statt Marktwirtschaft beobachten wir eine Zunahme der Marktwirtschaft. Dies führt zu einer Überbetonung des Kapitals, was mit Hilfe des betriebswirtschaftlich führenden „share-holder-Ansatzes“ zu erklären ist. Viertens muss auf die Schief lage in der sozialen Absicherung hingewiesen werden. Wer mit offenen Augen die gesellschaftliche Entwicklung betrachtet, sieht den starken Einfluss der vierten Gewalt, mit der Versuchung zur Manipulation. Die Abkehr von Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und der Überbetonung von Politik und Bürokratie wird als nächstes behandelt werden. Abschließend greifen wir den Anfangspunkt auf und plädieren für eine erneute Hinwendung zu christlichen Grundwerten.

1. Der Verlust an Moral

„The value of the leader is directly proportional to the values of the leader“ heißt es im Englischen. Bekanntlich fault der Fisch stets vom Kopf. Wir beobachten in unserer Gesellschaft einen Verlust an Wahrhaftigkeit. Bekommen Sie einen werbenden Telefonanruf – wird Ihnen alles versprochen; sie werden aber zu oft über den Tisch gezogen. Sonderangebote sind oft keine und gewarnt werden muss vor Internet-Angeboten. Kosten werden häufig verborgen dargestellt.

Zwar wird behauptet, dass Werbung der Information dienen solle. Theorie und Praxis klaffen jedoch auseinander. Entscheidend ist bei der Werbung auch das Nichtgenannte. Gefragt wird: Was kommt bei den Kunden an?

In gerichtlichen Auseinandersetzungen spielen Gutachten stets eine Rolle – doch sie sind käuflich. Ich frage immer, wer das Gutachten bezahlt hat. Ich selber habe einmal an einem Gutachten mitgewirkt. Der Projektleiter kam dann und sagte: Sie wissen doch, wer diese Forschung bezahlt und was er als Ergebnis erwartet. Es war – meine ich – der König von Hannover, der vor längerer Zeit schon sagte: „Professoren, Prostituierte und Tänzer kann man jederzeit kaufen!“

Neben der Unwahrhaftigkeit in der Wirtschaft muss auch die Gier genannt werden. Die Gehälter der Manager haben die Marke des Anstands überschritten. Als Herr Abs als Vorstand die Deutsche Bank übernahm, fand er einen Unterschied von 1:40 bei den Gehältern des Vorstandes und der normalen Mitarbeiter vor. Während seiner Zeit wurde diese Relation gesenkt auf 1:30. Heute verdient Herr Ackermann das 400-fache eines normalen Angestellten. In fünf Wochen hat er das Lebens-einkommen eines seiner Mitarbeiter erarbeitet. Bedenkt man, dass Plato bei der gerechten Verteilung des Wohlstandes noch von einem Verhältnis von 1:4 zwischen Reichen und Armen ausging, dann wäre nach der Legitimität dieser Relationen zu fragen. Dass sie es wert seien, ist seit den Milliardenverlusten der Banken nicht mehr aufrecht zu erhalten. Ohne diese Gehälter wären unsere besten Manager ins Ausland gegangen, heißt es – wären sie doch gegangen – man hätte einige Milliarden Euro an Steuergeldern gespart.

Bedenke ich den Einsatz vieler Arbeitskräfte in der Diakonie und in den Pflegeheimen und höre dann von den überzogenen Gehältern auch ihrer Manager, dann fällt es mir schwer, für solche Einrichtungen zu spenden. Schon Aristoteles kritisierte die Chrematistik. Ein Arzt sollte heilen und nicht Gewinne maximieren. Unser Gesundheitswesen ist kaum noch bezahlbar – aber die Hausärzte setzten eine Honorarerhöhung von 1 Mrd. € durch. Dabei ist der medizinische Doktor einem normalen Diplomabschluss in anderen Fakultäten gleich. Wieso die Überbezahlung? Hier fehlt der Wettbewerb als Korrektiv. Es ist immer problematisch, Löhne und Gehälter über einen politischen Prozess festzulegen.

In diesem Zusammenhang muss auch auf die Gefahr des „Papiergeldes“ – oder heute besser – des „elektronischen Geldes“ hingewiesen werden. Es wird durch politischen Akt geschaffen und benötigt keine Gegenwerte. Eine Golddeckung grenzt die Geldmengen-expansion ein. Wir sprechen bei dem künstlichen Geld von Fiat-Geld. *Fiat* (Lateinisch: es werde) Geld bleibt nur wertvoll, solange es knapp ist! Hohe Staatsverschuldungen sind immer Motive zur Geldmengenausweitung. Daher wurde der Politik die Macht über die Geldschöpfung in Deutschland nach dem Kriege entzogen. Eine hohe Staatsverschul-

dung und Geldmengenvermehrung kann nämlich Inflationsgefahren hervorrufen und Inflationen sind unmoralisch!

Im Jahre 1960 betrug in der Bundesrepublik Deutschland die Verschuldung aller öffentlichen Hände 56,7 Mrd. DM. Zurzeit beträgt sie 1.781 Mrd. €. Die Staatsverschuldung stieg um das 63-fache. In den letzten 50 Jahren stieg das Geldvermögen um das 26-fache und die Wirtschaftsleistung nur um das 8-fache. Die hohe Staatsverschuldung wird monetarisiert und legt damit die Grundlagen für vagabundierende Finanzmittel, die zu Störungen der wirtschaftlichen Entwicklung beitragen! In den 1960er Jahren mussten Kreditnehmer auf die Auszahlung der Kredite (in Raten!) häufig warten. Die Situation hat sich gewandelt: Ständig wachsendes Geldvermögen ist auf den normalen Märkten nicht unterzubringen; so wurden neue, spekulative und riskante Anlagemöglichkeiten geschaffen. Finanzmittel gebären Finanzmittel – ohne reale Gegenwerte: Ein gefährliches Spiel! Das Ergebnis ist eine ständige „Blasengefahr“ wie bei der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise.

2. Vermachtung statt Wettbewerb

Es war Adam Smith, der Urgroßvater der Ökonomen, der die ethische Rolle des Wettbewerbs betonte. Was ist die gerechte Entlohnung? Was ist der gerechte Preis? Damit hatten sich schon die Scholastiker beschäftigt. Als Anbieter möchte ich immer einen hohen Preis erzielen – als Nachfrager bin ich auf der Jagd nach Schnäppchen! Wessen Gerechtigkeitsvorstellungen sollen sich durchsetzen? Anbieter und Nachfrager trachten nach dem eigenen Wohl, was Theologen und Ethiker auf die Palme bringt. Sie appellieren daher an das Gemeinwohl, an das Verantwortungsgefühl der Beteiligten – vergebens.

Wettbewerb ist das Instrument, das bei der Verfolgung der eigenen Interessen dennoch zur Erreichung des Gemeinwohls verhilft. Wohlgemerkt: Ein Wettbewerb mit Regeln – nicht Mord und Totschlag!

Oft wird behauptet, Wettbewerb gehe einher mit Aggression, Rivalität, Konflikt und Eifer; zur Kooperation im wirtschaftlichen Leben

II Fortsetzung: Ethische Schief lagen unserer Wirtschaft

Grundfragen der Wirtschaftsethik – von Werner Lachmann

dagegen gehöre die gegenseitige Hilfe, das Wohlwollen, die Bescheidenheit und Harmonie. Aus diesen Gründen wird von Philosophen und Theologen dem ökonomischen Wettbewerb – moralisch gesehen – ein harmonisches Nichtwettbewerbssystem vorgezogen. Eine Kooperation, die sich vom Gedanken der Bescheidenheit leiten lässt, ist einem aggressiven Wettbewerb vorzuziehen, der in einen Sozialdarwinismus ausarten kann, welcher dem „Gesetz des Dschungels“ folgt.

Wettbewerb beinhaltet Streit und Auseinandersetzung [1]. Eris, die Göttin des Streits, ist nach Homer die Schwester und Gefährtin des griechischen Kriegsgottes Ares. Als sie zur Hochzeit des Peleus und der Thetis nicht eingeladen wurde, warf sie aus Zorn darüber einen Apfel mit der Aufschrift „der Schönsten“ unter die Gäste, entfesselte dadurch einen Streit zwischen Hera, Athene und Aphrodite und gab damit indirekt Anlass zur Entstehung des Trojanischen Krieges. Dieser Wettbewerb der Göttinnen hatte für viele griechische Bürger negative Folgen.

Hesiod, der erste große griechische Dichter nach Homer, stellte der bösen Eris nun eine gute Eris zur Seite. Die schlechte Eris erweckt nur Hader und hässliche Feindschaft. Die gute Eris ist die Hüterin friedlichen Wett-eifers, ist von Zeus „im Schoße der Erde den Menschen zum größeren Heile“ eingepflanzt worden. Man muss also zwischen gutem und negativem Wettbewerb unterscheiden. Die Rahmenbedingungen des Wettbewerbs entscheiden darüber, ob er zum Heil oder zum vernichtenden Streit führt.

Zum Wettbewerb gehören immer gleich starke Partner. Ein Vater kann mit seinem fünf-jährigen Sohn keinen Wettlauf machen. Die Chancen sind ungleich verteilt. So muss auch in einer sozialen Marktwirtschaft darauf hingearbeitet werden, dass gleiche Startchancen für alle bestehen. Ebenso muss der Staat die Wettbewerbsregeln überwachen. Es muss „fair“ – d.h. nach Regeln – gekämpft werden. Wer soll in einer Wirtschaft bestimmen, was für wen wie produziert werden soll? Da es keine zuverlässige Instanz gibt, die im Einzelfall sagen kann, was für den Einzelnen gut ist, soll diese Entscheidung auch dem Einzelnen überlassen bleiben, der dies am besten wissen muss. Will ein Unternehmen be-

stimmte Güter anbieten, muss es dafür Sorge tragen, dass seine Güter auch in der Gesellschaft erstrebenswert sind. Ist jemand in der Lage, die Wünsche seiner Mitmenschen besser zu befriedigen als ein anderer, so soll er dafür auch belohnt werden. Er sollte das, was er sich durch seine Anstrengungen verdient hat, zu einem großen Teil behalten dürfen. In einem politischen Wettbewerb dagegen handelt es sich um ein Nullsummenspiel. Bei Nullsummenspielen ist die Höhe der Einsätze gleich den Gewinnauszahlungen. In einer Marktwirtschaft führt Wettbewerb dagegen zu einem höheren Wachstum; es handelt sich hierbei eben nicht um ein Nullsummenspiel. Der Einzelne leistet mehr und trägt damit zu einem höheren Volkseinkommen bei. Und er tauscht nur, wenn er sich vom erworbenen Gut einen größeren Nutzen verspricht als vom hergegebenen Gut.

Die Griechen liebten Wettkämpfe. Dieser Wettstreit wurden „agon“ genannt, so dass das „agonale“ einen wesentlichen Teil des griechischen Lebens darstellte. Ab 570 v. Chr. vollzog sich eine Konzentration der *agones* auf wenige Zentren. Deren kultisches Ansehen, ihre Geldmittel und großzügige Einladungspolitik ermöglichten, dass diese *agones* panhellenische Bedeutung bekamen. Die vier großen Wettspielorte waren Olympia, Pythia, Isthmia und Nemea. Während dieser Zeit galt der Gottesfriede „*ekecheiria*“. Bei den *agones* strebten die Wettbewerber nach dem Sieg.

Dieser Gedanke eines „agon“ ist von Stewart auf die Ökonomie übertragen worden. Er betrachtet den Markt als eine Wettkampfarena, wobei die Spielregeln politisch festgelegt werden. Wie bei den antiken Spielen eine Karcerierung stattfand – die Wettbahnen waren nämlich eingeschränkt – so muss gleichfalls der ökonomische Wettbewerb karceriert werden.

Auch die Bibel kennt diesen Wettbewerb und wertet ihn im Grunde genommen positiv. Die Christen werden dazu aufgefordert, den „guten Kampf des Glaubens“ zu kämpfen (so Paulus an Timotheus; 1.Tim. 6,12a). Paulus schreibt im 2. Timotheusbrief, dass er einen guten Wettkampf gekämpft habe und dass er auch dafür seinen Lohn erhalte (2.Tim. 4,7f.).

Der amerikanische Religionsphilosoph Michael Nowak meint: „*Competition is the nat-*

ural play of the free person!“ („Wettbewerb ist das natürliche Gehabe eines freien Menschen!“) Eine wettbewerbslose Gesellschaft wird – ökonomisch gesehen – einen niedrigen Lebensstandard haben; denn nur durch Wettbewerb, der Freiheit voraussetzt, werden die eigenen Fähigkeiten gefördert.

Es ist schon seit Frühzeiten bekannt, dass es nichts Besseres für die Entwicklung eines Menschen geben kann, als kluge, aktive und zielstrebige Rivalen zu haben. Die Griechen kannten das Sprichwort: „Willst du weise sein, sei unter weisen Männern.“ Das Alte Testament kennt einen ähnlichen Ausdruck: „Wer mit Weisen umgeht, wird weise; aber wer sich mit Toren einlässt, dem wird es schlecht gehen“ (Sprüche 13,20). Man könnte es für das wirtschaftliche Leben so umformulieren: „Willst du wirtschaftlichen Erfolg haben, so lass dich durch den Wettbewerb mit wirtschaftlich Erfolgreichen anreizen.“

Es muss aber gleichzeitig betont werden, dass nur einer den ersten Preis bekommen kann, denn durch einen Wettbewerb gibt es Rangordnungen. Das heißt aber auch, dass der Schwächere zu schützen ist. Der Wettbewerb darf nicht über Tod und Leben entscheiden. Ein Wettbewerb führt notwendigerweise zu Ungleichheiten, die – naturrechtlich gesehen – bejaht werden können. Wirtschaftliche Ungleichheiten sind also das Normale jeder freien Wirtschaftsordnung.

Der starke Einfluss der Interessengruppen auf das politische Geschehen führt zu verstärkter Vermachtung. Welche Instanz soll über den Wert von Gütern und Dienstleistungen entscheiden? Ein freier Wettbewerb zwischen Anbietern und Nachfragern ist immer noch die freiheitlichste Lösung!

Es waren die Ordoliberalen der Freiburger Schule wie Walter Eucken, die in den wirtschaftspolitischen Prinzipien auf die Notwendigkeit des Zurückdrängens des Einflusses der Interessengruppen hingewiesen haben – und das schon von Beginn der Bundesrepublik an! Die damalige Warnung ist akuter denn je. Parteien, die sich von Lobbyisten bezahlen lassen, sind dann von ihnen abhängig – ein ungesundes Geflecht, das zu Lasten von Freiheit, Wohlstand und auch zu Lasten der Steuerzahler geht.

Fortsetzung: Ethische Schief lagen unserer Wirtschaft

Grundfragen der Wirtschaftsethik – von Werner Lachmann

3. Die Überbetonung des „share-holder“-Prinzips

Lange Zeit – gerade während der Blütezeit der Sozialen Marktwirtschaft – stand das „stakeholder“-Prinzip im Vordergrund des wirtschaftlichen Handelns. Hierbei waren die Interessen der Käufer und Verkäufer, der Lieferanten und Arbeitnehmer usw. zu berücksichtigen. Langfristige Zusammenhänge wurden beachtet – da alle ihre Interessen gewahrt sehen wollten. Es kam auf langfristige wirtschaftliche Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil an.

Das „stakeholder“-Prinzip hat aber einen kollektivistischen Hintergrund. Deshalb ist seit 30 Jahren das „shareholder“-Prinzip verstärkt vertreten worden. In einer idealen Wettbewerbsgesellschaft hat es seine Berechtigung, da der Wettbewerb die stakeholder ausreichend schützt. Bei Marktversagen und Vermachtung verschiebt sich der Einfluss in Richtung „Großkapital“. Da auch die großen Anlagegesellschaften von Managern geleitet werden, ergibt sich ein verstärkter Einfluss dieser Gruppe. Zum Teil versucht die staatliche Rechtssetzung die Manager gegenüber den Aktionären zu stärken. Beschränkung des Wettbewerbs und die politische Förderung von nationalen Champions haben zu einer Überbetonung der „Gewinninteressen“ geführt, die aber in einem hohen Maße von den Managern beansprucht werden. Wir haben es hier mit einem typischen „agency“-Problem zu tun. Bei unvollkommenen Verträgen und Informationsasymmetrien müssen den Managern Anreize gegeben werden, so dass ihr Interesse mit denen der Aktionäre übereinstimmt. Dies sollte durch Berücksichtigung des Unternehmenswertes geschehen. Allerdings waren die „Bonuszahlungen“ auf kurzfristige Aktienkurse ausgerichtet – es wurden auch keine Haftungsmöglichkeiten festgelegt und somit war dem Missbrauch seitens der Manager Tor und Tür geöffnet, bis zu Finanzkrisen.

Aktionäre haben kaum Möglichkeiten, auf opportunistisches Verhalten ihrer Agenten (Manager) in geeigneter Form zu reagieren. Manager meinen, ihre Macht durch Kontrolle ihrer Mitarbeiter sichern zu können. Es scheint, als ob Existenzgefährdung der einen die Erfolgsbedingung für die anderen ist. Brutale Ausbeutung der Arbeitnehmer im Finanzsektor führt zu kurzfristig höheren Boni der Mana-

ger. Heutige Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik bedeutet einen Abstieg für viele und einen Aufstieg für wenige – im Gegensatz zum „Wohlstand für alle“ Ludwig Erhards.

Einst war der Kunde König – heute steht die Kostenminimierung zu Lasten der Kunden im Vordergrund. Selbst beim Aufgeben von Bestellungen landet der Kunde bei vielen Firmen auf „pay-Telefonnummern“.

4. Schief lagen in der sozialen Absicherung

Eine seit Jahrzehnten zu beobachtende gesellschaftliche Schief lage wird durch eine fehlerhaft konzipierte soziale Absicherung verursacht. Der Sozialstaat neigt dazu, die Bürger zu umhegen, die Familie, den Sparsinn und auch das Vorausdenken entbehrl ich zu machen, das erweiterte Eigeninteresse zu verengen und den bürgerlichen Gemeinsinn verkümmern zu lassen. Die überzogene staatliche Absicherung führt zu einem Funktionsverlust der Familie, einem Grundbaustein freier Gesellschaftsordnungen.[2] Schon Friedrich Nietzsche meinte verächtlich: „Die europäische Demokratie ist zum kleinsten Teil eine Entfesselung von Kräften. Vor allem ist sie eine Entfesselung von Faulheiten, von Müdigkeiten, von Schwächen.“[3] Die Sozialpolitik hat die Wertvorstellungen in der Gesellschaft beeinflusst. So hat sie negative Auswirkungen auf die Leistungsbereitschaft, führt zu einer Korruption der Hilfeempfänger, zur Schwächung des Mittelstandes und zu einem Verlust an Nächstenliebe.[4] Gut gemeinte Wohltaten werden hierdurch zu einer Plage – denn langfristig zählen die negativen Folgen, nicht die ehrbaren Motive!

Gertrud Höhler[5] weist einmal darauf hin, dass die einzige Kardinaltugend, die sich im politischen Wettbewerb behaupten konnte, die Gerechtigkeit ist. Weder der Klugheit, der „Mutter aller Tugenden“ (Thomas von Aquin) noch dem Mut ist dies gelungen. Allerdings verdankt die Gerechtigkeit ihr Überleben dem Zusatz „sozial“. Hayek nannte „sozial“ ein Wieselwort, das überall hineinkriecht und Unheil anstiftet. Kaum wird eine Branche zugeben, dass sie neue technische Entwicklungen verpasst hat; spricht sie aber von Dumping der ausländischen Anbieter – dann kann man politisch nicht mehr gegen Protektion sein.

Appelle, alle Menschen gleichzustellen, würden verhallen. Der Vorwurf, dass Einkommen ungerecht erworben sind, ist ein Vorwurf, der politisch wirkt, auch wenn er falsch ist. „Was nicht gerecht ist, kann nicht gut sein; nur eine gerechte Gesellschaft ist eine gute Gesellschaft.“ – so Thomas von Aquin.

Den Benachteiligten hilft man jedoch nicht durch Umverteilungen und Reglementierungen (wie Mindestlöhnen), sondern durch Freiheit! Da Menschen von Natur aus unterschiedlich ausgestattet sind, seien Unterschiede in der Gesellschaft das Spiegelbild dieser Ausstattung. Daher gleiche Chancen für alle! Der Staat kann nicht dauerhaft von den Erfolgreichen Mittel absaugen, ohne dass die Energie der Gewinner nachlässt und die Verlierer demotiviert werden. Sozialgesetze produzieren mehr Ungerechtigkeit als Gerechtigkeit. „Soziale Gerechtigkeit für die einen, wird Gerechtigkeitsentzug für die anderen.“ (Höhler, S. 216) Immer stärker droht der „umsorgte Bürger“, der die Freiheit fürchtet und sich in die Sicherheit der Bürokratie flüchtet.

Die historisch beispiellose Abgabenlast macht Deutschland zu einem Absteigerland. Fünfzig Jahre nach Erhards Ruf „Wohlstand für alle“ erleben immer mehr Bürger unseres Landes, dass mit ihrem Arbeitseinkommen kein Wohlstand mehr möglich ist.

In diesem Zusammenhang sind zwei weitere Problembereiche zu nennen: Die Eigentumsbildung und die Familienpolitik. Zu Beginn der Sozialen Marktwirtschaft sollte noch Eigentum in Arbeitnehmerhand gefördert werden. Politisch erhoffte man sich dadurch eine Unterstützung gegen den Sozialismus. Menschen, die etwas zu verlieren haben, werden sich für diese Wirtschaftsordnung einsetzen – anders als Menschen ohne Eigentum. So gab es eine bescheidene Sparförderung. Für jährlich DM 800,- erhielt man DM 200,- Sparprämie, immerhin waren dies 25 %. Heute ist die Sparförderung reduziert worden. Der Bürger wird aufgefordert, für sein Alter vorzusorgen – doch seine kleinen Ersparnisse werden versteuert. Es begann mit € 3.000,- an steuerfreien Zinseinnahmen. Damit war das Sparbuch der Rentnerin dem Zugriff des Fiskus entzogen. Dieser Freibetrag wurde dann auf € 1.500,- und zurzeit auf € 750,- reduziert. Sieht so staatliche Sparförderung und Moti-

II Fortsetzung: Ethische Schief lagen unserer Wirtschaft

Grundfragen der Wirtschaftsethik – von Werner Lachmann

vation zur Altersvorsorge aus? Gerade durch Ersparnisse in Arbeitnehmerhand wird eine stärkere soziale Gleichheit und Absicherung erreicht. Wird sie vereitelt, kann dies der Sozialpolitik teuer zu stehen kommen.

Ähnliche Widersprüche finden wir in der Familienförderung. Statt den Familien finanziell einen Freiraum zu belassen, soll wiederum ein Objekt gefördert werden – das bei Nichtannahme in einen Zwang ausarten kann, damit die Einrichtungen sich auch rechnen: Kitaplatz und Kitapflicht für alle! Insbesondere während der Regierungszeit Kohls wurde an der Familienförderung gespart. Die Regierung Kohl ging so weit, den Kindern ihr erarbeitetes Geld für Babysitten vom Kindergeld abzuziehen. Motivationsanreize negativer Art wurden ausgesandt. Leistung darf sich nicht lohnen!

Wenn die deutsche Wirtschaftspolitik so weiter macht, dann werden wir in 20 Jahren eine sechsmal so hohe Staatsverschuldung haben wie 2010. Wie sollen die Schuldzinsen dann bezahlt werden? Es ist höchste Zeit, den Bürgern endlich wieder einen Freiraum zur Selbstvorsorge zu schaffen.

5. Gefahr einer manipulierten Gesellschaft

Die hohe Staatsverschuldung wird verniedlicht. Die Politik sucht neue Ausgabenprojekte. Mehr Kinderkrippen, staatlich gegängelte Forschung, mehr Klimaschutz sind die ideologischen Geheimwaffen. Wer die hohen Ausgaben und Reglementierungen zum Schutz des Klimas ablehnt, ist ein Outcast. Sinkende Wertvorstellungen erhöhen die Ideologieanfälligkeit.

So kritisiert Höhler (S. 228): „Dichtung und Wahrheit über das Weltklima in Geschichte und Gegenwart schäumen hoch auf und liefern Tag für Tag neue Unversöhnlichkeiten – diesmal für die absolut gute Sache; Gutmenschen aller Länder, vereinigt Euch.“ Die Subventionen für die Photovoltaik liegen höher als einst die für den Steinkohlenbergbau. Voll Freude wird wissenschaftlich verkündigt, wie viele Arbeitsplätze hierdurch geschaffen wurden. Aber die Gegenrechnung wird nicht erbracht: Wie viele Arbeitsplätze sind durch fehlende Nachfrage in anderen Bereichen durch die hohe Belastung vernichtet worden? Ob Mil-

liarden für die Finanzkrise oder schleppende Haftung der für die Entwicklung der Wirtschaft so entscheidenden Manager und eine Abhängigkeit der Boni von ihrer Leistung – hier taktiert die Politik! Es hätte alles noch schlimmer kommen können – und die nächste Krise hat wieder freie Fahrt – zulasten der Steuerzahler!

Mit Ängsten verunsichert man die Bürger, die dann den Aktivitäten der Politik trauen. Der Durchgriff der Politik wird immer stärker, der „kleine Mann“ immer kleiner! Die Bürger sind verunsichert und tauschen Sicherheit gegen Freiheit, mehr Kontrolle statt Vertrauen. Mangels Bürgerkontrolle überschätzen sich die Politiker fortwährend. So spöttelt Höhner (S. 237): „Weiter Schulden machen, ist das wahre Programm. Aber die Antriebe sind so edel wie noch nie: Ökostreber Deutschland zeigt der Welt, wie man als Schuldenmacher unanfechtbar wird. War schon der *kindergarten* eine deutsche Innovation aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, so liefern wir jetzt den Neuentwurf für eine Kindheit generell: Bevor sie auf den Füßen stehen, sammeln wir die kleinen Produktionsstörenfriede in Pools, wo sie alles im Zwanzigerpack erleben. „Dich gibt es hundertmal“, ist die Botschaft, die haftet. Deutschland probt den Sozialismus, von dem die gepriesenen Vorbilder wie Schweden sich soeben verabschieden.“

Eine Überbetonung der Erwerbsarbeit der Frau ist zu beobachten. Die Erfahrung empirischer Studien zeigt die wichtige Rolle der Bezugsperson im Kleinkindalter, die Selbstvertrauen und soziale Stärke entwickelt. Die Kasernierung von Kindern schafft Untertanen, die ihre „Gleichheit“ später als frei gewählt betrachten. (Höhler, S. 240) Überrascht von der Langmut der Menschen, traut die Regierung sich inzwischen alles zu und den Bürgern nichts.

6. Zunehmender Einfluss von Bürokratie und Politik auf die Wirtschaft

Seit den sechziger Jahren beobachten wir eine fortschreitende Verlagerung von wirtschaftlichen Verteilungsentscheidungen vom Markt hin zur Politik und Bürokratie. Da die Abgeordneten jedoch den wirtschaftspolitischen Überblick verloren haben und kaum die notwendigen Sachkenntnisse aufweisen, lässt sich

die Bürokratie Gesetzestexte von Lobbyisten ausarbeiten. Dies führt zu zunehmender Regulierung. Der demokratische Prozess wirkt der wirtschaftlichen Freiheit entgegen.

Der Schweizer Ökonom Guy Kirsch formulierte schon 1988: „Die Politisierung der Ökonomie führt zu einer Ökonomisierung der Politik. Der liberal-demokratische Staat, der angetreten war, kraft der Stärke des Gesetzes das Gesetz der Stärke außer Kraft zu setzen, wird zunehmend gezwungen, die Stärke des Gesetzes in den Dienst des Gesetzes der Stärke zu stellen. Die Legalität, die in der Legitimität ihre Begründung haben sollte, läuft Gefahr, nur noch einen Grund – den der Macht – zu haben. Wenn aber der Markt und der Staat als institutioneller Rahmen des geregelten Umgangs der Menschen in der Gesellschaft ausgeschaltet werden, dann nähern wir uns eines Zustands des generalisierten Krieges aller gegen alle.“ [6] Heute fallen aber nicht mehr die Einzelnen sondern Wolfsrudel (Interessengruppen) übereinander her.

Die zunehmende Vermachtung der Wirtschaft kann die Regierung zu wirtschaftspolitischem Eingreifen zwingen, wobei Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam um „Hilfen“ und Subventionen kämpfen – mit dem Ergebnis der Schwächung des Wettbewerbs. Schon 1981 monierte Holger Bonus: „Nichts ist für die Belegschaft natürlicher, als Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen zu verlangen, auch wenn sie teuer sind; und nichts ist angenehmer für den Vorstand, als solchem Verlangen entgegenzukommen – wenn die Unkosten ohne Schaden für das Unternehmen weitergegeben werden können. Es bedarf des Konkurrenzdrucks über den Markt, um das Interesse der Gesamtheit an effizienter Güterproduktion zur Geltung zu bringen; ohne einen funktionierenden Markt werden sich beide Seiten auf dem Rücken der Konsumenten verständigen.“ [7]

Die neue Wirtschaftspolitik Karl Schillers förderte ab 1966 (nach Erhards Sturz) den Konzentrationsprozess durch die „Konzertierte Aktion“. Denn nur mit wenigen „Großen“ kann man sich an einen Tisch setzen. Man wollte hierdurch den Einfluss der Politik auf die Wirtschaft stärken. Als Ergebnis bekam die Wirtschaft mehr Einfluss auf die Politik. Diese Unternehmen sind „to big to fail (systemrelevant)!“ Außerdem verlieren die Verbraucher

Fortsetzung: Ethische Schieflagen unserer Wirtschaft

Grundfragen der Wirtschaftsethik – von Werner Lachmann

durch diese Konzentrationen in der Wirtschaft an Einfluss, was dem Leitgedanken der Sozialen Marktwirtschaft widerspricht, die Produktion auf die Wünsche der Verbraucher auszurichten. Die Nachfrage muss „nehmen“, was die Konzerne produzieren. Man kann jedoch nicht die zentrale Planung des Staates verwerfen und an ihre Stelle die Planung weniger Mammutunternehmen setzen.[8]

7. Rückkehr zu christlichen Grundwerten

Die Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft betonten, dass die Wirtschaft nicht das Wichtigste in einer Gesellschaft sei. Sie wussten, dass die Soziale Marktwirtschaft eine Minimalmoral benötigt. Ethisches Handeln wird gefordert und gefördert – reine Zweckrationalität (Liberalismus) reicht nicht für ein gedeihliches Miteinander der Menschen aus!

Viele „Väter“ der Sozialen Marktwirtschaft waren Christen oder durch das Christentum geprägt, woher sie auch die Kraft zum Widerstand im Dritten Reich erhielten.[9] Für sie war das Ziel der wirtschaftlichen Ordnung das Humane! Die Soziale Marktwirtschaft erfüllt die ethische Forderung der Sachgemäßheit und des Menschengemäßen.[10] Wilhelm Röpke betonte: „Das Maß der Wirtschaft ist der Mensch, und das Maß des Menschen ist sein Verhältnis zu Gott.“ Die Erfolgsbedingungen dieser Wirtschaftsordnung liegen eben „jenseits von Angebot und Nachfrage“.[11] In einer Gesellschaft von Schurken ist eine Soziale Marktwirtschaft nicht überlebensfähig.

Heute lässt sich feststellen, dass Werte in den westlichen Gesellschaften an Bedeutung verlieren. Ist keine Letztausrichtung vorhanden, haben die Menschen kein Lebensziel, dann wird sich das auf die wirtschaftlichen Beziehungen auswirken. Ziellose Menschen vergleicht Jakobus (1,6) mit „einer Meereswoge, die vom Wind getrieben und bewegt wird.“

Vor einiger Zeit hatte ich die Gelegenheit, die chinesische Mauer zu sehen und auf diesem imposanten Bauwerk längere Zeit entlang zu wandern. Sie ist 2.500 km lang, zwischen 5 und 8 m breit, 8 bis 16 m hoch. Sie zieht sich, militärtechnisch geschickt angeordnet, von Hügel zu Hügel nördlich Pekings und war

nach menschlichem Ermessen in der damaligen Zeit unüberwindbar. Sie war zu lang um herumzureiten oder vorbeizumarschieren, sie war zu breit um sie zu zerschießen, sie war zu hoch, um an ihr hochzuklettern. Dennoch wurde China in den ersten hundert Jahren nach dem Bau der Mauer dreimal von Feinden überfallen. Nicht die Qualität der Mauer war hierfür entscheidend. Die Feinde hatten den einfacheren Weg gewählt: Sie hatten die Torwächter bestochen!

Dieses Beispiel weist auf die Wichtigkeit der Moral in unserer Gesellschaft hin. Jede Nation ist nur so stark wie der Charakter ihrer Bürger es erlaubt. Der Wohlstand einer Nation hängt nicht nur vom Bruttosozialprodukt, von der Waffentechnik oder den marktwirtschaftlichen Wettbewerbsregeln ab. Die Wohlfahrt eines Landes ist auf den Charakter der Bürger gegründet. Die Überlebensfähigkeit von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft hängt vom Grad der vorhandenen Moral ab. Diese wird aber über den Wettbewerbsmechanismus stärker geschützt als über kollektive Mechanismen der so genannten Solidarität!

Zu Beginn unserer Industrialisierung gab es viele Menschen mit hoher moralischer Überzeugung. Es waren vielfach Christen, die biblische Aussagen ernst nahmen, ein persönliches Verhältnis zu Jesus Christus hatten.

Wirtschaftswissenschaftliches Denken lehrt uns, zielorientiert zu handeln. Wir dürfen es nicht so machen wie Charly Brown, der mit seiner Armbrust schoss. An der Stelle, wo der Pfeil die Wand traf, malte er Ringe, so dass der Pfeil stets im Zentrum war, die volle Punktzahl erreicht wurde. So kann man sein Leben nicht führen. Wer kein Ziel hat, trifft immer! Wir haben uns zu fragen, was das Ziel unseres Lebens ist. Menschen, die zielorientiert handeln, haben einen anderen Charakter, sind im Wettbewerb wettbewerbsfähiger. Menschen mit einem Ziel sind diejenigen, die die Welt bewegen!

In der philosophischen Ethik sind ethische Aspekte Aufgaben und Forderungen an den Menschen. In der biblischen Ethik sind sie Gaben. Aus einer neuen Schöpfung folgt eine neue Existenz. Aus dem neuen Indikativ folgt dann ein neuer Imperativ! Die biblisch-ethische Diskussion geht also weg von den Zielen und

bezieht sich auf eine als Ereignis gewordene Gegebenheit, die Rechtfertigungstatsache!

Im biblischen Schrifttum wird hierzu das Bild vom Baum und den Früchten betont. Gute Werke bedeuten gute Früchte und sind das Ergebnis der neuen Existenz. Die neue Ethik ist eine *demonstratio fidei*! Ohne diesen Eingriff von außen kann der Mensch nicht anders werden.

Aus diesem Christsein gewann der damalige und gewinnt der heutige Mensch Kraft zum ethischen Handeln. Er unterliegt dann nicht mehr dem Druck des Wertewandels. Wer ewigkeitsabhängig ist, wird nicht mehr öffentlichkeitsabhängig sein. Hier liegt der archimedische Punkt außerhalb unseres Systems, der die Welt aus den Angeln heben kann. Diese Menschen haben einen weiten Blick, sind in unsicherer Zeit bestens verankert, haben Salzfunktion und Multiplikatorwirkung. Wir benötigen in unserer Gesellschaft wieder mehr „wirkliche Christen“, die ein persönliches Verhältnis zu Jesus Christus haben und als Vorbild dienen. Dies führt dann zu einem stärkeren Einfluss christlicher Grundwerte in unserer Gesellschaft.

Der Jordan fließt in den See Genezareth. Dort trifft das Wasser auf fruchtbaren Boden; es grünt und blüht überall. Der Jordan verlässt den See Genezareth und fließt hinab ins Tote Meer. Dort ist alles öde, versalzt, unfruchtbar. Warum? Die Wasser des Jordan fließen in den See Genezareth hinein – und wieder hinaus! Wo wirtschaftliche Entwicklung in Bewegung ist, sie Vorteile nutzt und weitergibt, dort ist wachsende Dynamik. Wo Christsein empfangen wird und weitergegeben wird, da blüht und grünt es in einem Land. Wenn ein Land nur empfängt, furchtsam ist, vom erwirtschafteten Vermögen etwas weiterzugeben, wo Christen ihre großartige Botschaft für sich behalten, da wird alles öde, versalzt und unfruchtbar. Wir müssen uns als Bürger und Volk fragen, ob wir „See-Genezareth-Funktion“ haben, oder ob wir „Tote-Meer-Funktion“ übernehmen.

Anmerkungen

[1] *Vergleiche hierzu: Werner Lachmann: Wirtschaft und Ethik. Maßstäbe wirtschaftlichen Handelns aus biblischer und ökonomischer Sicht, Berlin 2009 (2. Aufl.), S. 51 ff.*

□ Fortsetzung: Ethische Schief lagen unserer Wirtschaft

Grundfragen der Wirtschaftsethik – von Werner Lachmann

[2] Vgl. hierzu: Werner Lachmann: *Einst gemeinsam vor der Feuerstelle – jetzt vereinzelt vor der Mikrowelle: Der Wandel des sozial-ökonomischen Familienbildes von der Antike bis Gary Becker*, in: Werner Lachmann et. al. (Hrsg.): *Familienpolitik – Biblisch-christliches Familienbild und kulturelle Globalisierung*, Münster 2009, S. 57-86.

[3] Friedrich Nietzsche: *Nachlass der 80er Jahre*, in *Friedrich Nietzsche: Werke, Band 6, Ausgabe Hauser, Hrsg. Schlechta, München, Wien 1980, S. 845.*

[4] Vgl. hierzu auch: Werner Lachmann: *Staatlicher Einfluss auf die Wirtschaft und seine ethischen Folgen*, in: Werner Lachmann, Reinhard Haupt (Hrsg.): *Wirtschaftsethik in einer pluralistischen Welt*, Moers (Brendow) 1991, S. 39-81; insb. S. 64 ff.

[5] Gertrud Höhler: *Aufstieg für alle – was Gewinner den Verlierern schulden*, Berlin 2007 (Ullstein), S. 208 ff.

[6] Guy Kirsch: *Der redistributionspolitische Interventionismus: Von der Lenkung der Wirtschaft zur Zerstörung des Staates*, in: Dieter Cassel et al.: (Hrsg.): *Ordnungspolitik*, München 1988, S. 108

[7] Holger Bonus: *Zur Transformation der Marktwirtschaft durch Sozialkomponente und Demokratisierung*, in: Otmar Issing (Hrsg.): *Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft*, Berlin 1081, S. 249 f.

[8] Siehe auch Hans-Otto Lenel: *Haben wir noch eine Soziale Marktwirtschaft?*, in *ORDO* 22 (1975) S. 36

[9] Der Kartellrechtler Franz Böhm war Mitglied der Bekennenden Kirche wie der Ökonom Walter Eucken (beide Universität Freiburg) Auch Helmut Thielicke war wie Dietrich Bonhoeffer Mitglied des Freiburger Kreises. Constantin von Dietze (Freiburg) war nach dem Krieg Mitglied der Badischen Landessynode und des Rates der EKD.

[10] Vgl. Artur Rich: *Wirtschaftsethik. Grundlagen in theologischer Perspektive*, Gütersloh 1985 (2. Aufl.)

[11] Wilhelm Röpke: *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, Bern/Stuttgart 1979 (5. Aufl.)

□ Führung „als Beruf“

Perspektiven christlicher Ethik auf eine Schlüsselressource wirtschaftlicher Entwicklung – von Harald Jung

Anders, als das im englischen Sprachgebrauch so gängige „Leadership“, hat „Führung“ auf Deutsch weiterhin leicht einen etwas merkwürdigen und geschichtlich belasteten, fremden Klang. Warum hier trotzdem ausdrücklich von „Führung“ die Rede sein soll[1] (und nicht z.B. von „Leitung“, „Autorität“, „Leiterschaft“), kann eine Anekdote beleuchten, die wohl im Zusammenhang steht mit dem m.E. durchaus lohnenden und leider z.Zt. nur noch wenig beachteten Philosophen und Ethiker Max Scheler und seinem zeitweilig etwas „wildem“ Privatleben steht. Die Pointe liegt in der Bemerkung, dass „Wegweiser“ (als Hinweisgeber) mit Vertretern der jeweils in den Blick genommenen „weg-weisenden“ Berufsgruppe gemeinsam haben (können), dass sie den Weg wohl weisen – aber sie gehen ihn nicht!

Sie weist selbst auf eine der grundlegenden Bedingungen hin, die wir auch im Blick auf glaubwürdige, authentische Wahrnehmung von Autorität und Führungsanspruch im Bereich der Wirtschaft stellen und die im Begriff der „Führung“ schon sprachlich zum Ausdruck kommt. Die glaubwürdige Führung anderer

setzt die Selbst-Führung und das Vorangehen in der einzuschlagenden Richtung mit voraus; sie stellt uns selbst mit auf den Weg, auf dem andere folgen sollen.

Sprechen wir dem folgend nun von Führung als Beruf, dann klingt das zunächst einmal einfach nach einer recht sachlichen Beschreibung der Anforderungen an Führungskräfte im Wirtschaftsleben.

Man kann das von Beginn seines Berufswegs an zielstrebig im Blick gehabt haben oder vielleicht zunächst als ausgewiesener Fachmann in seinem Gebiet gestartet sein.

Mit steigender beruflicher Verantwortung spielt zunehmend die Befähigung zur erfolgreichen und umsichtigen *Führung von Mitarbeitern* eine entscheidende Rolle für die Wirksamkeit und die Nachhaltigkeit der eigenen Arbeit – erst Recht für Erfolg und langfristigen Bestand eines Unternehmens.

Das gilt umso mehr in einer mobilen, dynamischen – oft auch kurzlebigen – postindustriellen

Wirtschaft (und Gesellschaft) mit sowohl einem ausgeprägtem Dienstleistungssektor als auch der herausgehobenen Bedeutung, die Wissensbereichen zukommen, die einem sehr schnellen Wandel unterworfen sind, in denen technologische Leistungen und Vorsprünge zusehends veralten.

Alles Bedingungen, unter denen der „Human-Kapital-Seite“ – vielleicht sollte man klarer sagen: der „personalen Seite“ von Unternehmen ein immer größeres Gewicht zukommt.

Geeignete und qualifizierte Mitarbeiter *zu gewinnen, zu halten und zu motivieren, zu entwickeln, zu führen und richtig einzuschätzen* – einen guten Blick für sie zu haben – scheint eine zunehmend strategische Größe für den nachhaltigen Erfolg sowohl von einzelnen Projekten wie von Unternehmen im Ganzen geworden zu sein.

Das ist im Grunde keine wirkliche Neuigkeit und gilt wahrscheinlich im Kern ganz allgemein, aber es tritt umso deutlicher in den Vordergrund und gewinnt mehr an Gewicht,

Fortsetzung: Führung „als Beruf“

Perspektiven christlicher Ethik auf eine Schlüsselressource wirtschaftlicher Entwicklung – von Harald Jung

je mehr Kapital und Technische Möglichkeit grundsätzlich an vielen Orten beschafft werden können. Gleichzeitig werden die Anforderungen an gutes Führungshandeln in einer derart vielfältigen und „global-vernetzten“, differenzierten und komplizierter gewordenen Lebenswelt immer anspruchsvoller.

Befähigung zur Führung gewinnt schließlich – das legt schon die darin enthaltene Metapher (jemanden eben auf dem Weg zu einem Ziel führen) nahe – besondere Bedeutung in einer als immer komplexer und unübersichtlicher erlebten Wirklichkeit, in der dem Orientierungswissen gegenüber den rein instrumentellen Möglichkeiten ein entscheidenderes Gewicht zukommt. Die Kompensation von Ungewissheiten über Ziel und Richtung durch eine allgemeine Beschleunigung, wie wir sie gesellschaftlich zuweilen beobachten können, kann nur sehr vorübergehende Beruhigung verschaffen, die sachlich in die Irre geht.

Wenn hier ausdrücklich von „Führung als Beruf“ die Rede ist, dann klingt darin aber natürlich sofort noch anderes mit.

Wenigstens drei dieser „Anklänge“ auf die ich eingehen will, will ich gleich nennen: Zum einen denken wir sicher an Max Weber, einen der Klassiker der systematischen Untersuchung von Führung, und seine Rede etwa von „Politik als Beruf“ in seinem berühmt gewordenen Vortrag von 1919. [In ihr findet sich übrigens auch, nur in wenigen Bemerkungen, seine einflussreiche und berühmte Einführung der Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik – wir werden noch darauf zurückkommen.]

Zum anderen ist sicher zu denken an das stark christlich geprägte Verhältnis von „Beruf und Berufung“, das sich besonders im deutschen Sprachgebrauch und Verständnis ja bis in die Begrifflichkeit hinein niedergeschlagen hat.

Sie ist besonders vom reformatorischen Denken geprägt und geht auf Luthers Verständnis vom „weltlichen Beruf des Christen“ zurück und hat besonders in Mitteleuropa sicher auch mentalitäts- und kultur-prägend gewirkt.

Und drittens denken wir sicher an die vielfach erlebte Spannung, in der man als „Christ im Beruf“ stehen kann.

Die Spannung zwischen christlichem Glauben und christlicher Lebenshaltung auf der einen und manchen Erwartungen, Anforderungen und auch einfach deutlichen Erfordernissen, denen wir uns im Beruf gegenüber sehen, auf der anderen Seite.

Oder anders: Passen denn „Professionalität“ und der Anspruch des christlichen Glaubens auf unser „Leben als Ganzes“ konfliktfrei zusammen bzw. einfach so „nebeneinander“.

Oder treten nicht manchmal die verschiedenen, jeweils ja weitgehenden Anforderungen an uns in eine Konkurrenz – wovon die schon einfach zeitliche vielleicht vergleichsweise harmlos erscheint, aber im Blick auf unsere konkrete Lebenswirklichkeit oft auch schon nicht zu unterschätzen sein wird.

Gerade dieser Punkt wirft die Frage auf, ob denn Christen hier nicht bei genauer und gewissenhafter Betrachtung vor ein ernsthaftes Dilemma gestellt sind?

Wird nicht z. B. der „Reiche Jüngling“ (Mk 10) aus seinen weltlichen Geschäften und Verpflichtungen erst herausgerufen um *dann* „nachzufolgen“? Führt der Ruf in die Nachfolge nicht aus irdischer Führungsverantwortung *heraus* und ist – schon vom Wort her – ein Gegensatz zu „Führung“. („Nachfolge – Führung“)

Ein berühmt gewordener reicher Kaufmannssohn, der junge „Francesco“ aus dem mittelitalienischen Asissi, hat es so verstanden – und folgt diesem Ruf in die Nachfolge, heraus aus der Wirtschafts- und Geschäftswelt des elterlichen Unternehmens, in dem ihm eine Führungsrolle zugewachsen wäre.

Es ließe sich hier ja noch einiges mehr anführen. Etwa, dass Jesus die Jünger, die um Führungspositionen im Kreis seiner Nachfolger besorgt sind, zurechtweist (Mk. 10). Dass er ihnen selbst ein Vorbild gibt, dem andern als Diener gegenüberzutreten (Joh. 13). Er weist immer wieder auf die Niedrigen, die Kleinen, ja die „Kinder“. Und wie ein Leitwort folgt schon auf die Ankündigung seiner Geburt das Lob, dass Gott die „Niedrigkeit seiner *Magd*“ angesehen hat, dass er „die *Mächtigen vom Thron stürzt*“ und Niedrige erhöht (Lk 1). Wir sollten auch diesem Gedanken seinen Ernst und sein Recht nicht absprechen.

Es gibt m.E. bestimmt auch Situationen, in denen Christen wirklich gerufen sein werden, Gelegenheiten auch auszuschlagen, Führungsaufgaben, die sich ihnen eröffnen, nicht zu ergreifen.

Auch der Verzicht auf Führungsverantwortung, auf Einfluss und Erfolg und manche „Karrieresprünge“ wird zum christlichen Leben gehören – aber ich denke nicht, dass das die „Hauptlinie“, oder der allgemeine Tenor eines christlichen Umgangs mit „Führung“ ist.

Das lässt sich schon an 3 Punkten leicht deutlich machen:

1.: Wir können dem Phänomen der Führung als Aufgabe gar nicht wirklich entgehen. Es stellt sich überall, wo Menschen zusammen leben und arbeiten wollen und das ja irgendwie koordiniert werden muss. Natürlich gibt es schon in der Urgemeinde Führungsaufgaben – und mehrfach beruft Jesus etwa Petrus ausdrücklich dazu (Joh. 21). Ein wichtiges Amt der paulinischen Missionsgemeinden heißt ausdrücklich „Aufseher“ (Επισκοπος – Bischof). Wir können weder innerhalb noch außerhalb des ausdrücklich christlichen Bereichs unseres „im Leben Stehens“ aus der Notwendigkeit von Führungsverantwortung und geordneten Strukturen heraus fliehen. Wir müssen sie als Christen annehmen und gestalten.

Zum 2. wäre es ja merkwürdig, wenn die christlich gebotene Lösung vor allem im Bedenken gegen Führungsaufgaben und im Rückzug daraus bestünde. Es würde bedeuten, dass Führung damit dann nach ausdrücklich nicht-christlichen Leitlinien ausgeübt würde – sollten denen Christen dann folgen? Denn wir stehen ja weiter in sehr irdischen Zusammenhängen unseres beruflichen Erwerbslebens und sind von Führungsentscheidungen auf jeden Fall betroffen. Und wenn Christen sich hier zurückziehen, hieße das ja, dass Führungsaufgaben ausdrücklich von Nicht-Christen wahrgenommen werden sollten, nach ausdrücklich nicht-christlichen Orientierungen, nach denen sich dann auch Christen wieder ausrichten sollten.

Der christliche Glaube würde sich zurückziehen in ein Ghetto, ohne Geltungsanspruch für einen weiten – sozusagen autonomen – Lebensbereich, in dem Gott anscheinend nicht regieren will.

II Fortsetzung: Führung „als Beruf“

Perspektiven christlicher Ethik auf eine Schlüsselressource wirtschaftlicher Entwicklung – von Harald Jung

Und damit wäre 3. auch der Autoritätsbereich Gottes ja sehr eingeschränkt. Es hieße ja, dass es sozusagen neben einem Bereich, in dem Gottes Anspruch und Wort gilt, einen zweiten Lebensbereich in der Welt gäbe, in dem ganz andere Mächte das Wort haben, der sozusagen programmatisch „Gott-los“ wäre.

Auch wenn wir uns dann daraus, soweit wie möglich, fernhalten sollten, wäre das doch ein sehr merkwürdiges Ergebnis für das Verhältnis zwischen Gott und seiner Schöpfung. (Richtig ist daran aber sicher der Hinweis auf einen „eschatologischen Vorbehalt“, also darauf, dass die ganze Welt auf eine grundsätzliche Verwandlung wartet, die nur Gott an ihr vollziehen und offenbar machen kann (vgl. z.B. Röm 8) – aber das trifft die ganze Schöpfung, auch ihre „christlichsten“ Bereiche.)

Ich habe schon zu Beginn auf eine andere Gedankenrichtung hingewiesen. Dass wir im deutschen Sprachraum – jedenfalls herkömmlich – weniger von „Professionalität“ reden, sondern von „Beruf“ mit seinem Zusammenhang zu „Berufung“ geht zurück auf die Reformationszeit.

Luther – und auch die anderen Reformatoren – haben betont, dass der *Ruf Gottes zum Glauben uns nicht aus unseren weltlichen Verantwortungsbereichen herausführt, sondern gerade in ihnen trifft*.

Wie Luther es selbst noch biographisch erlebt hat, war in seiner zeitgenössischen Umgebung von „Berufung“, also „vocatio“ besonders im Zusammenhang mit dem Lebensweg ins Kloster die Rede. Das war die „geistliche Berufung“, die sich ganz dem Leben vor Gott abseits weltlichen Getriebes und irdischer Verpflichtungszusammenhänge widmete.

Aber die theologische Konzentration auf die Rechtfertigung in Christus, die ich mir nicht durch meine Bemühung verdienen kann, öffnet in Luthers Denken zugleich den Blick für meinen dankbaren Dienst am Nächsten.

Es ist mir an dieser Stelle wichtig, hier auch der katholischen Tradition und gerade dem Mönchtum nicht unrecht zu tun. Gerade die Orden waren immer wichtige Träger eines christlich-diakonischen Dienstes der Nächstenliebe. Wir können den spezifisch christ-

lichen Beitrag zum Dienst an Kranken, an Behinderten oder an Waisen und der Hilfe in vielen Nöten über die Jahrhunderte hinweg nicht hoch genug einschätzen! Die Hochschätzung der Menschenwürde ist auf diesem Boden in Europa gewachsen! (Das darf man, finde ich, gegenüber dem so verbreiteten Hinweis etwa auf die Kreuzzüge ruhig auch betonen).

Luther gibt nun aber ausdrücklich *dem Dienst des Christen in seinem alltäglich-weltlichen Leben die Würde einer „geistlichen Berufung“*. Da, wo wir im ganz „profanen“ Leben stehen, ist der „Gottesdienst“ zu dem wir berufen sind: *als Vater oder Mutter, als Handwerker oder Lehrer, als Kaufmann, Bäcker oder Arzt*. Und auch die Regierungsaufgabe seines Landesherrn kann er eingereiht in dieser Linie als einen christlichen Dienstauftrag am Nächsten verstehen. Dort sollen wir unsere Aufgabe gut und gewissenhaft versehen, zum Wohl des Nächsten und zur Ehre Gottes.

Das ist die „herrliche“ und paradoxe „Freiheit eines Christenmenschen“, von der Luther sprechen kann. Durch Christus befreit und bereit zum alltäglichen Dienst. Ein freier Herr und ein dienstbarer Knecht zugleich, so in seiner berühmten „dialektischen“ Formulierung (vgl. WA 7, 20f).

Im Blick auf „Fürsten und Landesherrn“, von denen Luther auch ausdrücklich spricht, bedeutet das dabei übrigens nicht, wie 200 Jahre später Friedrich II von Preußen meinte, der „erste *Diener seines Staates*“, sondern „seines Nächsten und vor Gott“, was auf eine wichtige *Verschiebung dieses Berufs- und Pflichtverständnisses hinweist, wo es sich von seiner geistlichen, christlichen Grundlage löst und verselbständigt*.

Das bedeutet zweierlei: Unsere Berufsarbeit erhält eine ganz außergewöhnliche geistliche Würde. Was wir hier tun, das tun wir zugleich für unsere Mitmenschen und für Christus selbst (vg. Mt. 25).

Gutes und gesundes Brot backen; zuverlässige, sichere Autos bauen; Häuser entwerfen oder für gute Buchführung sorgen – darin sollen wir unserem Nächsten dienen und uns von Gott berufen wissen. *Oder eben auch darin, Führungsverantwortung zu tragen!*

Und gleichzeitig stellt es auch diese alltägliche, berufliche Arbeit unter den Anspruch, nicht uns selbst zu dienen oder uns dienen zu lassen, sondern in ihr unsererseits immer auch „Dienende“ zu sein und unsere Arbeit als Dienst auch zu erweisen.

Führungshandeln soll also nicht nur dem Erfolg des Unternehmens, sondern gerade auch den „Geführten“ „dienen“ wollen.

In einer so „unübersichtlichen“ Zeit, die viel Bedarf an vorausschauender, verantwortlicher Führung hat, kann darin durchaus ein besonders nötiger und dringlicher Dienst und von daher auch eine besondere „christliche Berufung“ liegen.

Dieser christliche Berufsgedanke mit seiner reformatorischen Geschichte hat vielfach und in verschiedenen Konstellationen nachgewirkt.

So hat er unter anderem in der Linie der Liberalen Protestantischen Theologie des 19. Jahrhunderts, etwa bei Albrecht Ritschl und seiner Schule eine besondere Bedeutung erlangt. Diese Hochschätzung der beruflichen Pflichterfüllung als Ausdruck des Glaubens bestimmt das Selbstverständnis nicht nur des protestantischen Milieus in Deutschland von Schwaben bis Ostpreußen – und hat sich in seinen Auswirkungen lange gehalten.

Es entgeht dabei nicht immer einer Tendenz, wie sie uns in der Liberalen Theologie begegnet, zu einer Auflösung von „Reich Gottes“ in die bürgerlich-staatliche Ordnung und des christlichen Anspruchs ganz in die Erfüllung äußerer Berufspflichten.

In einer derartigen Gleichsetzung, die ganz für die Seite eines Ethos Partei ergreift, das sich vor allem an akzeptierten weltlichen Verpflichtungszusammenhängen orientiert, liegt sicher eine *Gefahr und eine Überziehung des ursprünglichen Gedankens vom Beruf als gleichzeitig göttlicher Berufung*.

Von dieser liberal-theologischen Linie führt der Blick zurück über den nach eigener Einschätzung zwar „religiös unmusikalischen“ Max Weber, der dieser Wirkungsgeschichte aber nicht zuletzt über seinen engen, persönlichen Freund Ernst Troeltsch^[2] deutlich verbunden war. Wenn Weber etwa in seinem berühmten Aufsatz über „Politik als Beruf“

Fortsetzung: Führung „als Beruf“

Perspektiven christlicher Ethik auf eine Schlüsselressource wirtschaftlicher Entwicklung – von Harald Jung

spricht, kann er an diesen „hohen Klang“ eines beruflichen Ethos anschließen. In diesem Zusammenhang trifft er auch – in nur recht knappen Hinweisen – die anschauliche und in der Tendenz sicher hilfreiche und fruchtbare Unterscheidung zwischen Verantwortungsethik und Gewissensethik. Weber selbst bezieht die hohe Wertschätzung der Verantwortungsethik hier ursprünglich ganz auf die Politik. Aber man wird seinen Ansatz mit gutem Recht auf den ganzen Bereich besonderer beruflicher Verantwortung ausweiten dürfen.

Er formuliert selbst dabei allerdings nicht ohne Schärfe gegen eine „Ethik des Evangeliums“, die nur für Heilige tauglich sein könnte und im Übrigen eine „Ethik der Würdelosigkeit“ bedeuten würde (vgl. Politik als Beruf, 69).

An Weber wird hier m.E. deutlich, wie wir ausgehend von der wichtigen Einsicht, dass wir in unserer guten und gewissenhaften Erfüllung unserer beruflichen Aufgaben wohlverstanden einen christlichen Dienst tun, auch leicht in eine Schiefelage geraten können.

Dann nämlich, wenn wir an die Stelle der doppelten Bestimmung, die gute und sachdienliche Erfüllung unserer beruflichen Aufgaben selbst als göttlichen Auftrag zu würdigen, und gleichzeitig diese Arbeit unter den Anspruch des Dienstes an unserem Gegenüber gestellt zu wissen, eine einseitige Verkürzung setzen. Auf diesem Weg können wir Gefahr laufen, ein „professionelles Standesethos“ als Ausdruck einer autonomen „Selbstgesetzlichkeit“ eines abgegrenzten Berufsbereichs zu überhöhen und mit falschen Weihen zu versehen.

Es geht dann nicht mehr darum, als Christ in seinem beruflichen Tun zugleich einen guten Dienst zu leisten[3], sondern die „Eigengesetzlichkeiten“ von Funktionszusammenhängen auf einer eigentlich instrumentellen Ebene an die Stelle christlicher Lebensorientierung zu setzen. In einer solchen falschen Verselbständigung und „Selbstrechtfertigung“ würden wir dann die Würdigung der Erfüllung der beruflichen Aufgaben, in die wir gestellt sind, als gleichzeitig auch geistliche Berufung wieder verfehlen.

Wenn wir dagegen unser alltägliches Arbeiten auch im professionellen, wirtschaftlichen Zusammenhang zugleich als einen in unserem Verhältnis zu Gott gegründeten Dienst verste-

hen, dann verstehen wir es aus einem diese Arbeit selbst transzendierenden, über das unmittelbare Tun hinausweisenden Bezug heraus. Es gewinnt eine *immer auch personale Dimension im Blick sowohl auf Gott als auch auf das Gegenüber als „unserem Nächsten“*.

Es bricht auch aus aus der Selbstbezüglichkeit eines Systems, das nur aus der immanenten Funktionalität für seinen Selbsterhalt und seine Selbstreproduktion verstanden wird. Es zeigt sich hier von einer anderen Seite erneut, dass hier mit Grund ausdrücklich von „Führung“ als Beruf die Rede sein sollte, und nicht z.B. von Management „als Beruf“. Man kann dabei diese Begriffe sicher in unterschiedlicher Weise voneinander abgrenzen. Beide enthalten aber natürlich sprachliche Bilder, an die hier gedacht ist. Management (im strengen Sinne also ein „Handhaben“), Steuerung oder Kontrolle legt eine mechanische, sozusagen technisch-maschinelle Metapher nahe. Gedacht ist an ein „sachgemäßes Bedienen“ eines komplizierten, apparativen Gebildes, was aus dem Entstehungszusammenhang etwa des „scientific management“ ja auch nahe liegt. Statt dessen von „Führungsverantwortung“ und „Führung“ zu sprechen, ersetzt das „maschinelle“ durch ein gewissermaßen „personales“ Bild.

„Führen“ und „sich führen lassen“ beschreibt eine personale Beziehung. Und es setzt zugleich – um hier noch einmal an Max Weber zu erinnern – immer schon eine „innere Legitimität“ dieses Führungsverhältnisses voraus, die unter den Idealtypen Weber'scher Prägung vielleicht am ehesten an den Typ der „charismatischer Herrschaft“ erinnert (und nicht auf den der „bürokratischen Herrschaft“, den Weber im Blick auf einen allgemeinen „Rationalisierungsprozess“ den Vorzug gibt).

„Führung“ beruht, wenn sie gelingen soll, darauf, dass der Führungspersonlichkeit *eine besondere Orientierungskompetenz im Blick auf ein Ziel zugesprochen wird, das man gemeinsam erreichen will*. Führungsverantwortung geht deshalb – so verstanden – auch nicht zurück auf eine Form nur anerkannter und legitimierter „Herrschaft“, sondern lässt sich sehr gut als eine selbst (wenn man so will) „dienliche“ und dienende Aufgabe verstehen.

Der auch in der deutschen Diskussion in den letzten Jahren aufgenommene Gedanke

von „servant leadership“, also einer „dienenden Führung“ greift diese Perspektive auf und bietet Raum zur breiteren Diskussion dieser Dimension der Wahrnehmung von Führungspositionen. Zugleich verweist die Beziehung von Führung zum dienenden Auftrag im Blick auf eine Zielorientierung nicht nur die Führungspersönlichkeit in der Wahrnehmung ihrer Aufgabe, sondern auch sowohl das Unternehmen und sein wirtschaftliches Handeln wie auch die einzelnen Mitarbeiter in einem Unternehmen auf die auch ihnen mit *aufgegebene Dimension der Ziel- und Sinnbezogenheit*.

Auch von ihnen wird damit deutlich, dass sie in ihrer Aktivität auf ein Ziel, auf einen „Dienst“ hin ausgerichtet sind.

So wird auch das *bekannteste Bild von Adam Smith von der unsichtbaren Hand gewissermaßen ergänzt*. Neben die „nicht-intendierte“ Zielerreichung allgemeiner Wohlfahrtssteigerung durch Eigeninteresse tritt eine zweite, *komplementäre Perspektive*:

In der Ausrichtung auf ein Ziel, dem es in und durch ein Unternehmen zu dienen gilt, wird „nicht unmittelbar intendiert“ zugleich auch der eigene Erfolg und die Wohlfahrt von Unternehmen und Mitarbeitern mit erreicht. Es gehört also zu einer guten Wahrnehmung von Führungsverantwortung, dass weder die Führungsperson, noch der Mitarbeiter, noch auch das Unternehmen selbst nur sich selbst und ihrem eigenen Erfolg dienen und darin allein auf sich selbst bezogen blieben, sondern auf eine Sinnperspektive hin ausgerichtet sind, auf einen Dienst, den sie für andere erbringen wollen.

Die wichtigste Führungsaufgabe läge demnach darin, Möglichkeiten und Entwicklungspotenziale zu entdecken und zu fördern, in einem Unternehmen und bei den Menschen, die es tragen, durch die sie sinnvolle Beiträge leisten können.

Klassisch kommt dieses Verständnis z.B. zum Ausdruck, wenn eine der großen Gründerfiguren der industriellen Entwicklung in Deutschland, Werner von Siemens, 1892 in seinen Lebenserinnerungen schreibt[4]: „Als ich mit 17 Jahren aus dem Mecklenburgischen nach Berlin kam, [...] besaß [ich] nichts – abgesehen von meinen Händen, meinem Verstand und ei-

Fortsetzung: Führung „als Beruf“

Perspektiven christlicher Ethik auf eine Schlüsselressource wirtschaftlicher Entwicklung – von Harald Jung

nem Traum [...]. Es war der Traum von einem Unternehmen, welches durch selbständige Erfindungen und den unternehmerischen Weitblick dazu beiträgt, Wissen und Wohlergehen der Menschheit zu steigern, und welches – das war meine feste Überzeugung – gerade in dieser Kombination wirtschaftlich ist. Es war der Traum von einem Unternehmen, das der doppelten Verantwortung des Unternehmers gerecht wird, derjenigen gegenüber sich selbst und seinen Angestellten und keiner geringeren gegenüber der Welt, die ihn umgibt.“

Führung sollte ein Gespür dafür entwickeln und vermitteln, dass das wesentliche Ziel eines gesunden Unternehmens nicht zuerst darin liegt, z.B. lohnende Investitionsmöglichkeiten für Anleger zu eröffnen, (oder auch die Einkommen der Beschäftigten zu maximieren), sondern eine sinnvolle Aufgabe im Wirtschaftsgefüge zu erfüllen.

Sicher ist auf einer volkswirtschaftlichen Ebene unser System robust genug, auch das Fehlen dieser Perspektive hier und da zu verkraften. Wenn Unternehmen, Mitarbeiter oder auch Führungskräfte allein darauf orientiert sind, ihren maximalen individuellen Vorteil aus dem Geschehen zu ziehen, wird das auch immer wieder zu Missbräuchen und Schwierigkeiten führen – aufs Ganze gesehen werden aber auch sie ganz ohne ihre Intention mehr oder weniger zum Gesamtnutzen beitragen müssen, ihn jedenfalls nicht verhindern, (solange das nicht zu einer kulturprägenden Grundhaltung wird – vgl. auch hierzu näher vom Vf., Soziale Marktwirtschaft und weltliche Ordnung, Berlin et.al. 2009).

Aber auch für das Bemühen um den eigenen Erfolg kann die Einsicht gelten, dass sich manche Ziele nur schwer *direkt* erreichen lassen, sondern sich eher als *nicht-intendierte Handlungserfolge* einstellen.

Was wir im persönlichen Bereich z.B. für Ziele wie Glück, Freundschaft, Dankbarkeit oder den Genuss von Anerkennung erleben, dass es nämlich der oft ganz schwer hat, der sie kurzschlüssig zum unmittelbaren Zweck seines Tuns macht, kann sich so auch im Feld unternehmerischen Erfolgs wieder finden lassen.

Wenn es in einer Wirtschaft um sich greift, dass z.B. Banken nicht mehr mit dem Blick

darauf betrieben werden, Finanzierungsmöglichkeiten für fruchtbare Investitionsvorhaben zu schaffen, oder wenn Immobilien nicht mehr geplant und gebaut werden, damit Menschen darin wohnen oder arbeiten können, sondern allein Anlagemöglichkeiten schaffen sollen, kann man Zweifel daran haben, ob das sehr lange und zuverlässig tragen wird.

Verantwortliche Führung auf den verschiedenen Ebenen von Wirtschaft – wie übrigens auch der Politik – kann eine solche Orientierungsleistung erbringen und schöpferische Potentiale erschließen, denen sie eine Sinnausrichtung bietet.

Sie leistet damit einen wichtigen Dienst, meine ich, und nimmt die Aufgabe zur Führung in gutem Sinne als „Beruf“ und auch als eine „christliche Berufung“ wahr.

Anmerkungen

[1] Der vorliegende Beitrag geht nur leicht überarbeitet und gekürzt auf einen Vortrag im Rahmen einer wirtschaftsethischen Tagung zurück; der Charakter der gesproche-

nen Rede ist im Folgenden weitestgehend erhalten geblieben.

[2] Weber verband mit dem liberalen Theologen und Religionsphilosophen Ernst Troeltsch neben einer engen persönlichen Freundschaft auch ein intensiver fachlicher Austausch gerade im Blick auf die „Bedeutung des Protestantismus für die Entstehung der modernen Welt“, so der Titel eines Beitrags von E. Troeltsch – einem wichtigen Forschungsinteresse beider, für das sie u.a. auf einer ausgedehnten gemeinsamen USA-Reise 1904 wichtige Impulse erhielten. (Vgl. hierzu z.B. Rollmann, H. (1993), *Meet me in St. Louis. Troeltsch and Weber in America*, in: Lehmann, H., Roth, G. (Hg.), *Weber's Protestant Ethic, Origins, Evidence, Contexts*, Cambridge, Mass.).

[3] Hier zeigt sich gewissermaßen die Umkehrung der *invisible hand* aus Smiths Untersuchung über den Wohlstand der Nationen, indem wir in der Absicht, einen guten Dienst zu leisten, zugleich auch erfolgreich arbeiten.

[4] Den Hinweis auf dieses Zitat verdanke ich Prof. Reinhard Haupt, dem ich an dieser Stelle sehr herzlich danken möchte.

Neuerscheinung

Haß, Otto: *Die Selbstbehauptung des christlichen Glaubens in Zeiten massiver Bestreitung*

„Man kann doch heute, Jahrhunderte nach dem Beginn der Aufklärung den christlichen Glauben nicht mehr ernsthaft vertreten.“ Der Autor stellt dar, dass eine solche Argumentation mit geschichtsphilosophischen Hypothesen zusammenhängt, die eine mit Notwendigkeit ablaufende Geschichtsentwicklung unterstellen, aber die grundsätzlich nicht beweisbar sind. Es geht gar nicht um Rationalität gegen Irrationalität, sondern um die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Glaubenspositionen. Der Autor hofft, verunsicherten Gläubigen eine Argumentationshilfe anbieten zu können.



Das Buch kann im GWE-Sekretariat oder im Buchhandel bezogen werden.

□ „Heiligung des Menschen“ und „treue Haushalterschaft“ nach dem biblischen Zeugnis

– von Otto Haß

Eure Heiligung ist der Wille Gottes.

(1.Thess 4,3)

Von Haushaltern fordert man, dass sie treu sind. (1.Kor 4,2)

Um einen Überblick darüber zu erhalten, was zu diesen beiden Begriffen im biblischen Zeugnis gesagt wird, orientieren wir uns nicht an der deutschen Übersetzung beider Testamente, sondern halten uns an das griechisch geschriebene Neue Testament und an die griechische Übersetzung des Alten Testaments, an die Septuaginta.

Nach der Durchsicht der biblischen Schriften fällt als grundlegend auf, dass die „Heiligung des Menschen“ (griechisch: *hagiasmos*) allein von Gott ausgeht, denn: *Ich bin Gott und nicht ein Mensch und bin der Heilige* (griechisch: *hagios*) *unter dir* (gemeint ist das Volk Israel), *und will nicht kommen, zu verheeren.* (Hos 11,9) *Ich bin der Herr, dein Gott, der Heilige Israels, dein Heiland.* (Jes 43,3) *Gott, du aber bist heilig.* (Ps 22,4) In einer Vision anlässlich seiner Berufung erlebt Jesaja den Lobpreis himmlischer Heerschaaren: *Heilig, heilig, heilig ist der Herr Zebaoth, alle Lande sind seiner Ehre voll!* (Jes 6,3)

Im Neuen Testament gibt es ebenfalls Aussagen, die denen des Alten Testaments entsprechen. So steht etwa vor dem Sendschreiben an die Gemeinde von Philadelphia: *Das sagt der Heilige, der Wahrhaftige: Du hast mein Wort bewahrt und hast meinen Namen nicht verleugnet.* (Off 3,7 f) Auch der Name Gottes ist *heilig*. Im Lobgesang Marias heißt es: *Gott hat große Dinge an mir getan, der da mächtig ist und dessen Name heilig ist.* (Lk 1,49) Daher lehrt Jesus uns beten: *Dein Name* (Gottes Name) *werde geheiligt.* (Mt 6,9)

Aber die Bezeichnung der Heiligkeit geht von Gott auch auf Jesus Christus über, denn nach dem Johannesevangelium sagt Jesus: *der Vater ist in mir und ich bin in ihm.* (Joh 10,36) In diesem Sinne wird bei der Ankündigung der Geburt Jesu zu Maria gesagt: *Das Heilige, das geboren wird, wird Gottes Sohn genannt werden.* (Lk 1,35) Ein „ unreiner Geist“ sagt: *Was willst du von uns, Jesus von Nazareth? Du bist gekommen, uns zu vernichten. Ich weiß, wer du bist: der Heilige Gottes!* (Mk 1,24; ähnlich Lk 4,34) Simon

Petrus bekenn: *Du (Jesus) bist der Heilige Gottes.* (Joh 6,69)

Die Heiligkeit Gottes zeigt sich darin, dass er in seinen Entscheidungen völlig frei ist. Auf die Frage des Mose nach Gottes Namen antwortet der Herr: *Ich werde sein, der ich sein werde. So sollst du zu den Israeliten sagen: Ich werde sein, der hat mich zu euch gesandt.* (2. Mose 3,14) *Wem ich gnädig bin, dem bin ich gnädig, und wessen ich mich erbarme, dessen erbarme ich mich.* (2.Mose 33,19) Dass dies nicht die Aussagen eines willkürlich handelnden Tyrannen sind, zeigt das Zeugnis des Neuen Testaments. In seiner Freiheit hat Gott entschieden, uns Menschen, die sich seinen Anordnungen nicht beugen wollen (wie die Geschichte vom Sündenfall berichtet), dennoch die versöhnende Hand zu reichen. Paulus: *Ihr seid in Jesus Christus, der uns von Gott gemacht ist zur Weisheit und zur Gerechtigkeit und zur Heiligung und zur Erlösung.* (1.Kor 1,30) Gott verurteilt den Menschen nicht, sondern er spricht den Schuldigen frei, indem er, der Richter, in der Person Jesu Christi ganz auf die Seite des Menschen tritt. Dieses Geschehen ist nicht nur Vergangenheit, sondern aktuelle Gegenwart. Der auferstandene Christus ist auch der gegenwärtige, er ist auch heute für uns da. Zum Glauben kommen heißt auf den Weg mit Gott gerufen werden. Dieser Weg ist nicht ohne Ziel. „In einer Geschichte mit Gott kann man nur leben in der Erwartung dessen, worauf Gott sie hinausführen wird.“ „Darum gehört zum Glauben Hoffnung, Erwartung von Zukunft.“ [1] Der Glaube an den in Christus Mensch gewordenen, zu uns gekommenen Gott, umfasst die Verheißung und damit unsere Hoffnung, dass Christus wiederkommen wird und dass wir den Anbruch des Reiches Gottes erwarten können, in dem Gott sich als der Herr über alle widergöttlichen Mächte erweist. Wo vom Reich Gottes gesprochen wird, geht es insbesondere um Jesus Christus: *Als sie aber den Predigten des Philippus von dem Reich Gottes und von dem Namen Jesu Christi glaubten, ließen sich taufen Männer und Frauen.* (Apg 8,12) *Paulus aber blieb zwei volle Jahre in seiner eigenen Wohnung in Rom und nahm alle auf, die zu ihm kamen, predigte das Reich Gottes und lehrte von dem Herrn Jesus Christus mit allem Freimut ungehindert.* (Apg 28,30 f)

Mit der Auswirkung der „Heiligung“ auf das Verhalten im täglichen Leben hat nun auch die „treue Haushalterschaft“ zu tun. Beide Begriffe sind eng miteinander verbunden. Wie bei der „Heiligung“ beginnen wir auch hier mit einer Übersicht über die Verwendung von „Haushalter“ und „Haushalterschaft“ im biblischen Zeugnis. Zwei griechische Wörter kommen hier in Frage, nämlich „oikonomos“ und „oikonomia“.

Es zeigt sich zunächst eine profane Bedeutung: *Es war ein reicher Mann, der hatte einen Verwalter* (oikonomos). Dieser wird aufgefordert, Rechenschaft abzulegen über seine Verwaltung (oikonomia). (Lk 16, 1f) Der unmündige Erbe untersteht Vormündern und Verwaltern (oikonomoi). (Gal 4,2) Der Stadtkämmerer (oikonomos) lässt durch Paulus die Gemeinde in Rom grüßen. (Röm 16,23) Dieser Sprachgebrauch entspricht dem alttestamentlichen. Um nur ein Beispiel anzuführen: Jes 36,3 wird berichtet, dass der Hofmeister des jüdischen Königs Hiskia zum assyrischen König Sanherib kam, nachdem dieser Jerusalem belagert hatte. In der griechischen Übersetzung des Alten Testaments, in der Septuaginta, wird der hebräische Ausdruck, der in der Luther-Bibel mit „Hofmeister“ übersetzt ist, mit oikonomos wiedergegeben. Soweit heute noch feststellbar ließen Hausbesitzer, ländliche Großgrundbesitzer, auch Kommunen und Herrscher die Verwaltung ihres Vermögens bzw. ihrer Angelegenheiten durch Personen wahrnehmen, die als Verwalter oder Haushalter bezeichnet wurden. Ihnen war eine große Verantwortung übertragen. Der bereits erwähnte Hofmeister war vermutlich für die gesamte Versorgung der Hofhaltung, für das Hofzeremoniell und für den Zutritt zum König zuständig. Das Neue Testament legt sogar die Vermutung nahe, dass es sich bei den Verwaltern auch um Menschen aus dem Sklavenstand handeln konnte. *Wer ist denn der treue und kluge Verwalter* (oikonomos), *den der Herr über seine Leute setzt, damit er ihnen zur rechten Zeit gibt, was ihnen zusteht?* (Lk 12,42) Aufschlussreich ist der parallele Text im Matthäusevangelium: *Wer ist nun der treue und kluge Knecht, den der Herr über seine Leute gesetzt hat, damit er ihnen zur rechten Zeit zu essen gebe?* (Mt 24,45) „Verwalter“ ist hier durch „Knecht“ ersetzt. Ein Unterschied in ihrer Machtfülle ist nicht erkennbar. Man

Fortsetzung: „Heiligung des Menschen“ und „treue Haushalterschaft“ nach dem biblischen Zeugnis

– von Otto Haß

fordert allerdings von den Verwaltern, *dass sie für treu befunden werden.* (1.Kor 4,2)

In neutestamentlicher Zeit, insbesondere durch den paulinischen Einfluss, vollzog sich eine Ausweitung der Bedeutung der Wörter „Verwalter“ (oikonomos) und „Verwaltungstätigkeit“ (oikonomia). Dazu wieder zunächst einige Belegstellen.

Gott selbst erscheint als Verwalter seines Heilsplans: *Gott hat uns wissen lassen das Geheimnis seines Willens nach seinem Ratschluss* (oikonomia), *den er zuvor in Christus gefasst hatte, um ihn auszuführen, wenn die Zeit erfüllt wäre.* (Eph 1,9 f) Vom Ratschluss Gottes (oikonomia) ist auch in 1.Tim 1,4 die Rede. Gott ist der Haushalter (oikonomos) seines Heilsplanes (oikonomia) und Gott ist ein treuer Haushalter: *Die Wege des Herrn sind lauter Güte und Treue.* (Ps 25,10) Über den Inhalt des göttlichen Heilsplans haben wir bereits gesprochen.

Durch sein Bekehrungserlebnis vor Damaskus betrachtete Paulus sich als von Gott beauftragter „Verwalter“ und die Predigt des Evangeliums als seine „Verwaltungstätigkeit“. *Ihr habt ja gehört, welches Amt* (oikonomia) *die Gnade Gottes mir für euch gegeben hat.* (Eph 3,2) *Mir, dem allergeringsten unter allen Heiligen, ist die Gnade gegeben worden, den Heiden zu verkündigen den unausforschlichen Reichtum Christi und für alle ans Licht zu bringen, wie Gott seinen geheimen Ratschluss* (oikonomia) *ausführt.* (Eph 3,9 f) Paulus sieht sich als *Diener Christi und Haushalter* (oikonomos) *über Gottes Geheimnisse.* (1.Kor 4,1) Eine Wiederholung dieses Gedankens findet sich in Kol 1,25. Der Auftrag Gottes an Paulus war natürlich nicht so zu verstehen, dass er der Einzige in dieser Eigenschaft war und blieb. Neben und nach ihm wurden andere Menschen von Gott beauftragt, die Bischöfe, aber auch die gesamte christliche Gemeinde: *Ein Bischof soll untadelig sein als ein Haushalter* (oikonomos) *Gottes.* (Tit 1,7) *Dient einander, ein jeder mit der Gabe, die er empfangen hat, als die guten Haushalter* (oikonomoi) *der mancherlei Gnade Gottes: wenn jemand predigt, dass er's rede als Gottes Wort; wenn jemand dient, dass er's tue aus der Kraft, die Gott gewährt, damit in allen Dingen Gott gepriesen werde.* (1.Petr 4,10 f)

An dieser Stelle treffen sich die Forderungen an eine „gute Haushalterschaft“ mit den Forderungen, die aus der „Heiligung des Menschen“ erwachsen sollten. Die von Gott ohne unsere Mitwirkung herbeigeführte Versöhnung besagt aber nicht, dass wir uns völlig passiv verhalten sollten. Die an Christus Gläubigen bilden das von Sünden erlöste, wenn auch noch nicht das von Sünden befreite Volk des neuen Bundes. Sie werden daher ebenfalls als Heilige bezeichnet. (Röm 1.7) Im hohepriesterlichen Gebet setzt sich Jesus bei Gott für die an ihn Glaubenden ein: *Heilige sie in deiner Wahrheit; dein Wort ist die Wahrheit. Wie du mich gesandt hast in die Welt, so sende ich sie auch in die Welt. Ich heilige mich selbst für sie, damit auch sie geheiligt seien in der Wahrheit.* (Joh 17, 17–19)

Im 1. Thessalonicherbrief sagt Paulus: *Das ist der Wille Gottes, eure Heiligung.* (4,3) Er erinnert die Gemeinde an die Gebote, die erfüllt werden müssen, um Gott zu gefallen und nennt zwei Beispiele, nämlich einmal das Zusammenleben in der Familie, sodann das menschliche Verhalten im wirtschaftlichen Leben: *Ein jeder von euch suche seine eigene Frau zu gewinnen in Heiligkeit und Ehrerbietung.* (4,4) *Niemand gehe zu weit und über-vorteile seinen Bruder im Handel; denn der Herr ist ein Richter über das alles, wie wir euch schon früher gesagt und bezeugt haben.* (4,6) Unsere Heiligung geschieht nicht durch unsere Verdienste, sondern durch die uns von Gott gnadenhaft geschenkte Möglichkeit, uns an seinem Wort zu orientieren. In den konkreten Lebensverhältnissen hat sich zu bewähren, dass Christen einem Herrn gehören, der sie ermahnt, die Ichsucht, den Egoismus zurückzunehmen und den Blick auf den Mitmenschen zu richten.

Wir sollen als die guten Haushalter, als die guten Verwalter, einander dienen als diejenigen, welche Antwort geben auf die von Gott gewährte Heiligung des Menschen. Aber Gott hat nicht allen Menschen dieselben, sondern unterschiedliche Fähigkeiten verliehen. Paulus nennt im Römerbrief einige solcher Fähigkeiten und wie sie im Sinne Gottes eingesetzt werden sollten. *Ist jemandem prophetische Rede gegeben, so übe er sie dem Glauben gemäß. Ist jemandem ein Amt gegeben, so diene er. Ist jemandem Lehre gegeben, so lehre*

er. Ist jemandem Ermahnung gegeben, so ermahne er. Gibt jemand, so gebe er mit lautem Sinn. Steht jemand der Gemeinde vor, so sei er sorgfältig. Übt jemand Barmherzigkeit, so tue er's gern. (Röm 12, 6–8) Wenn jemand dient, dann tue er es aus der Kraft, die Gott gewährt. (1.Petr 4,10) Man könnte hier auch auf das Gleichnis von den anvertrauten Zentnern verweisen. (Mt 25, 14–29). Es ist von Gott geboten, dass jeder die Fähigkeiten im täglichen Leben einsetzt, die ihm mitgegeben sind. Es kommt dabei nicht auf die Größe der Mitgift an. Nur derjenige, der seine Fähigkeiten brach liegen lässt, wird kritisiert; bei Matthäus stärker als in der Parallele bei Lukas. (Lk 19,12–27)

Es ist sicherlich kein Zufall, dass Paulus an erster Stelle die prophetische Rede nennt, die dem Glauben gemäß erfolgen soll. An erster Stelle im 1. Petrusbrief steht entsprechend: Wenn jemand predigt, dann rede er Gottes Wort. Gottes Wort ist uns durch die Heilige Schrift und durch das Zeugnis von Gläubigen gegeben. Weil Gott ein treuer Haushalter seines Heilsplanes ist, ist auch der Zuspruch des endzeitlichen Heils in Jesu Tat und Wort unumstößlich. Daher muss auch der Inhalt der Predigt über diesen Zuspruch Gottes unverändert bleiben.

Der Inhalt der Verkündigung des Predigers steht fest, aber dieser Inhalt wird zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten zu unterschiedlichen Konsequenzen im Hinblick auf eine gute Haushalterschaft bzw. auf die Heiligung führen. Es muss auch bedacht sein, dass die Erfüllung einer guten und treuen Haushalterschaft in vielen Fällen nicht ohne schwerwiegendes Leid möglich ist.

Wir beginnen mit der Situation der Gemeinden, an die der 1. Petrusbrief gerichtet ist. Es dürfte sich vorwiegend um Heidenchristen in Kleinasien am Ende des ersten Jahrhunderts gehandelt haben.[2] Der Brief ermahnt sie, nicht in die Lebensweise zurückzufallen, die ihnen vor ihrer Bekehrung zu eigen war. *Ihr habt die vergangene Zeit zugebracht nach heidnischem Willen, als ihr ein Leben führtet in Ausschweifung, Begierden, Trunkenheit, Fresserei, Sauferei und greulichem Gottesdienst.* (1.Petr 4,3) Die Abkehr von den Gepflogenheiten ihrer

Fortsetzung: „Heiligung des Menschen“ und „treue Haushalterschaft“ nach dem biblischen Zeugnis

– von Otto Haß

heidnischen Umwelt erregte Widerwillen, Aggressionen, verdächtigte die Christen der Staatsfeindlichkeit und Gottlosigkeit und rief ungerechte Sanktionen hervor. *Das befremdet sie, dass ihr euch nicht mehr mit ihnen stürzt in dasselbe wüste, unordentliche Treiben, und sie lästern.* (1.Petr 4,4) Es ging also um soziale Diskriminierung, aber nicht nur um diese. Es gab auch bereits Verfolgungen der Christen von Seiten der Behörden. Dies geht hervor aus einem Briefwechsel von dem kaiserlichen Legaten von Bithynien und Pontos, Plinius d. J., und Kaiser Trajan. Plinius berichtete über anonyme Anzeigen großen Stils gegen Christen und hatte offensichtlich Bedenken, auf dieser Grundlage Verurteilungen vorzunehmen. Trajan teilte die Bedenken seines Legaten und verbot die Sanktionen gegen Christen nach solchen anonymen Anzeigen, wenn die Beschuldigten sich aber selbst als Christen bekennen, sollten sie auch bestraft werden.[3] Paulus war der Meinung, dass Leiden dieser Art ertragen werden müssen: *Ich bin überzeugt, dass dieser Zeit Leiden nicht ins Gewicht fallen gegenüber der Herrlichkeit, die an uns offenbart werden soll.* (Röm 8,1)

Dieser Meinung scheint auch der Verfasser des 1. Petrusbriefes gewesen zu sein. *Dient einander als die guten Haushalter.* (1.Petr 4,10) *Seid gleich gesinnt, mitleidig, brüderlich, barmherzig, demütig, vergeltet nicht Böses mit Bösem, sucht Frieden und jagt ihm nach, seid gastfrei untereinander ohne Murren, die Frauen sollen sich den Männern unterordnen, die Männer den Frauen mit Ehrerbietung begegnen. Alle miteinander halten fest an der Demut; denn Gott widersteht den Hochmütigen, aber den Demütigen gibt er Gnade.* Die Ältesten der Gemeinde werden ermahnt, die *Herde Gottes* zu weiden, *nicht gezwungen, sondern freiwillig, nicht um schändlichen Gewinns willen, sondern von Herzensgrund, nicht als Herren über die Gemeinde, sondern als Vorbilder der Gemeinde.* (1.Petr 3 bis 5) Zur guten Haushalterschaft gehört auch das Sich-Einfügen in die staatlichen Institutionen: *Seid untertan aller menschlichen Ordnung um des Herrn willen, es sei dem König als dem Obersten oder den Statthaltern als denen, die von ihm gesandt sind zur Bestrafung der Übeltäter und zum Lob derer, die Gutes tun.* (1.Petr 2,13 f)

Die Ermahnungen des Briefschreibers richten sich an eine verschwindende Minderheit im römischen Reich am Ende des ersten nachchristlichen Jahrhunderts. Es stand daher völlig außerhalb der Möglichkeit der christlichen Gemeinden, politischen Einfluss zu nehmen, um Änderungen durchzusetzen. Gute Haushalterschaft konnte sich daher nur auf die Ausrichtung eines gemeinsamen Lebensstils innerhalb der Gemeinde richten. Die Leiden, die den Christen von ihren heidnischen Mitmenschen bzw. von staatlichen Institutionen zugefügt wurden, betrachteten die Betroffenen als konstitutiven Bestandteil christlicher Existenz, als natürliche Folge der Fremdlingsschaft der Glaubenden in dieser Welt. Die Vorbildlichkeit des Leidens Christi prägte die Leidensbereitschaft der Christen.[4] *Leidet jemand als ein Christ, so schäme er sich nicht, sondern ehre Gott mit diesem Namen.* (1.Petr 4,16)

In bewusster Anlehnung an die Bestimmung von guter und treuer Haushalterschaft, wie sie die erste Christenheit auf Grund ihres Glaubens gelebt hatte, wurde in der amerikanischen Missionsbewegung seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts die Haushalterschaft zum Leitbild christlicher Lebensgestaltung[5] Es wurde und wird erwartet, dass jedes Glied einer christlichen Gemeinde bereit ist, seine Gaben, seine Fähigkeiten für die Verkündigung, auch seine Zeit für das gemeinschaftliche Zusammenleben einzusetzen. Das Leben einer Gemeinde darf sich nicht auf den sonntäglichen Gottesdienst beschränken. Finanzielle Opferbereitschaft gehört selbstverständlich dazu, um der Gemeinde in der heutigen Zeit ein Überleben zu gewährleisten. Über Kontakte der amerikanischen Freikirchen mit dem Lutherischen Weltbund wirkt diese Art der christlichen Lebensgestaltung auch in die volkscirchlichen Kirchen Europas hinein.

Wie bereits erwähnt nennt Paulus im 1. Thessalonicherbrief zwei Beispiele als Konsequenzen aus der Heiligung des Menschen, die Gottes Wille ist. Beide Beispiele sind heute noch genau so aktuell wie sie es im ersten nachchristlichen Jahrhundert waren.

Einmal: *Ein jeder von euch suche seine eigene Frau zu gewinnen in Heiligkeit und Ehrerbietung.* (1.Thess 4,4)

Das Recht des Mannes hatte damals in jeder Hinsicht größeres Gewicht als das Recht der Frau. Der Vater waltete als Herr des Hauses, dessen Wort unbedingt zu befolgen war. Ohne ein Revolutionär zu sein, hat Jesus durch sein persönliches Verhalten diese gesellschaftliche Selbstverständlichkeit durchbrochen. Er nahm beispielsweise Frauen in seine Gemeinschaft auf und unterwies sie in seiner Lehre und er diskutierte ein theologisches Problem mit einer Samariterin – ein Verhalten, das unter jüdischen Gelehrten völlig unüblich war.

In *Heiligkeit* und *Ehrerbietung* seine Frau zu gewinnen suchen bedeutet nach dem bereits Gesagten, dass der Mann das Geschenk der gnadenhaften Versöhnung Gottes mit dem Menschen annimmt und dann den Gesichtspunkt der Versöhnung im Zusammenleben mit seiner Frau, in der Familie, wirksam werden lässt. Versöhnung, nicht Selbstverwirklichung eines jeden Mitglieds der Familie ohne Rücksicht auf die übrigen Mitglieder ist hier gefordert. Dass Paulus nur dem Mann dieses Verhalten auferlegt, hängt sicherlich mit der damaligen hervorgehobenen Stellung des Mannes in der Familie zusammen. Unter dem Gesichtspunkt des heutigen Strebens nach Gleichberechtigung wird man den Bibeltext ohne Veränderung seines Sinnes durch den Satz ergänzen dürfen: Jede Frau soll ihren Mann in Heiligkeit und Ehrerbietung zu gewinnen suchen. Eine entsprechende Haltung ist natürlich auch gegenüber den Kindern einzunehmen.

Schauen wir jetzt auf unsere Gegenwart. Wir haben seit 1918 die verfassungsmäßige Bestimmung, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind. Dennoch gibt es bis heute Probleme mit der Erfüllung dieser Bestimmung. Um nur ein Beispiel zu erwähnen: Die Ungleichheit bei der Bezahlung von Frauen und Männern, die dieselbe Arbeit verrichten.

Sodann: *Niemand gehe zu weit und über-vorteile seinen Bruder im Handel; denn der Herr ist ein Richter über das alles, wie wir euch schon früher gesagt und bezeugt haben.* (1.Thess 4, 6)

Thessalonich war eine bedeutende Handelsstadt am Mittelmeer. Auch Christen werden am Handel beteiligt gewesen sein. Da eben-

□ Fortsetzung: „Heiligung des Menschen“ und „treue Haushalterschaft“ nach dem biblischen Zeugnis

– von Otto Haß

falls in diesem Zusammenhang von „Heiligung“ gesprochen wird, können wir wiederholen: Heiligung bedeutet, das Geschenk der gnadenhaften Versöhnung Gottes mit dem Menschen anzunehmen und die Versöhnung im Rahmen des wirtschaftlichen Lebens im Verhältnis zu den Mitmenschen wirksam werden zu lassen. Gott wird als Richter auftreten, wenn dies nicht geschieht.

Christliche Ethik im Rahmen der wirtschaftlichen Tätigkeit heute ist ein Dauerthema in diesen Mitteilungsblättern. Weitere Ausführungen erübrigen sich daher. Aber: Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte lässt erkennen, dass die Bereitschaft der Menschen zu Versöhnung und Mitmenschlichkeit ständig abnimmt, was auch daran deutlich wird, dass sich immer mehr Menschen vom christlichen Glauben entfernen, aus den christlichen Kirchen austreten. Das Bemühen um Eingrenzung des Egoismus verringert sich entsprechend. Der Egoismus wird ins Unerträgliche gesteigert. Der wirtschaftliche Konkurrent

ist nicht mehr Mitmensch, sondern Gegner, der besiegt werden muss. Es gibt nur noch Sieger und Besiegte. Ob dadurch die gesamte Wirtschaft Schaden nimmt, wird nicht gefragt. Wichtig ist nur noch, dass man zu den Siegern gehört.

Dieses Urteil soll kein pauschales sein, denn es gibt schließlich auch Unternehmer, die sich nicht in dem beschriebenen Sinn verhalten. Aber die noch nicht vollständig überwundene Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt nachhaltig die negativen Konsequenzen, die das Verhalten einer großen Anzahl von Akteuren nach sich ziehen können. Eine Umkehr ist aber noch nicht in Sicht. *Der Herr ist ein Richter über das alles. Irrt euch nicht! Gott lässt sich nicht spotten. Denn was der Mensch sät, das wird er ernten.* (Gal 6,7) *Gott hat sie in den Begierden ihrer Herzen dahingegeben.* (Röm 1,24) Wir können Gott nur bitten, er möge das Wort, das er durch den Propheten Jesaja an das Volk Israel richten ließ, auch bei uns wirksam werden lassen: *Ich habe mein Ange-*

sicht im Augenblick des Zorns ein wenig vor dir verborgen, aber mit ewiger Gnade will ich mich deiner erbarmen, spricht der Herr, dein Erlöser. (Jes 54,8)

Anmerkungen

[1] Joest, W.: *Dogmatik. Bd. 2: Der Weg Gottes mit den Menschen.* Göttingen 1986, S. 613

[2] Schnelle, U.: *Einleitung in das Neue Testament.* Göttingen 1994, S. 460 f

[3] Rinn, H.; Jüngst, J. (Herausgeber): *Kirchengeschichtliches Lesebuch. 3. Auflage* Tübingen 1915, S. 9 f

[4] Schnelle, S. 462

[5] Krüger, H.: „Haushalterschaft“ in: *Religion in Geschichte und Gegenwart. 3. Auflage,* Tübingen 1986, Sp. 97

□ Kommt nach der Großen Rezession die Hyperinflation?

– von Karl Farmer

Nach einer Imas-Umfrage vom Oktober dieses Jahres nennen 70% der 1350 befragten Österreicher/-innen die Inflation (Geldentwertung) als die größte Sorge, wenn es um ihre Ersparnisse geht. Bei einer ähnlichen Befragung im Jahre 2006, also noch deutlich vor dem Ausbruch der Großen Rezession 2007 – 2009 waren es nur 46%, die Inflationsängste im Zusammenhang mit ihren Ersparnissen äußerten. Was genau der Grund für diese deutlich gestiegenen Inflationsängste ist, wurde in der Befragung nicht erhoben, aber eine nahe liegende Vermutung ist, dass die Nachrichten über die Flutung des wirtschaftlich angeschlagenen Banken- und Finanzsektors in den USA, in England und auch im Euroraum mit Notenbankgeld mit ein Grund für die gestiegenen Inflationsängste sind. Diese Vermutung findet für den Zeitraum 1975 bis 2006 auch eine empirisch-wissenschaftliche Bestätigung, wenn man die

für diesen Zeitraum durchschnittliche Inflationsrate und Geldmengenwachstumsrate in 155 Ländern einander gegenüber stellt und einen – von wenigen Ausreißern abgesehen – 1:1 Zusammenhang feststellt (Burda und Wyplosz 2009, 160): ein im Durchschnitt von 30 Jahren 5% Geldmengenwachstum ist durchschnittlich mit 5% Inflation verbunden. Die entscheidende Frage ist natürlich, ob dieser für den Durchschnitt der Vorkrisenjahrzehnte beobachtete Zusammenhang auch für das kommende Nachkrisenjahrzehnt gilt. Weil die gerade überstandene große Rezession aber anders als die vorhergehenden kleinen Rezessionen seit der Weltwirtschaftskrise einzuschätzen ist, ist in den kommenden Jahren wohl keine Inflation, sondern eher ein schwaches Wachstum zu erwarten. Längerfristig, d.h. über das bevorstehende Jahrzehnt hinausgehend ist aber auch eine (Hyper-)Inflation nicht auszuschließen.

Zur Begründung dieser These wird zunächst nochmals auf die Große Rezession 2007-2009 zurückgeblendet, um besser verstehen zu können, warum die großen Notenbanken der Welt, das US-amerikanische Federal Reserve System (Fed), die Bank of England, die japanische Notenbank und die europäische Zentralbank (EZB) mehr oder minder konzertiert die geldpolitischen Schleusen öffnen mussten. Aber nicht nur die Geldpolitik war extrem expansiv. Da die Krise nicht nur eine Liquiditäts-, sondern auch eine Solvenzkrise war, mussten die Nationalstaaten zur Vermeidung eines Kollapses des Bankensystems überdies mit Steuergeld einspringen. Die ungewöhnlich heftigen Einbrüche beim Wirtschaftswachstum und beim internationalen Handel führten zu massiven Steuerausfällen, was nun einige Staaten selbst an den Rand des Bankrotts gebracht, und wenn nicht, so doch die Staatsverschuldung massiv erhöht

Fortsetzung: Kommt nach der Großen Rezession die Hyperinflation?

– von Karl Farmer

hat. Das bringt uns zur Frage, wie es den hoch verschuldeten Staaten gelingen kann, im kommenden Jahrzehnt und darüber hinaus ihre Schulden nachhaltig zu reduzieren. Es werden mögliche Exit-Strategien aufgezeigt und der für das Eurogebiet wahrscheinlichste „Ausweg“ beschrieben.

Die große Rezession 2007–2009 und der Kollaps der Interbanken kreditmärkte

Technisch betrachtet ist die Große Rezession 2007–2009 vorbei. Übrig geblieben sind exorbitante Staatsschulden in den von der Krise am stärksten betroffenen reichen Ländern (allen voran der USA), eine deutliche Unterauslastung der Produktionskapazitäten und vor allem in den USA eine hohe Arbeitslosigkeit. Obwohl oder gerade weil Deutschland im Gegensatz zur USA in 2009 einen fast doppelt so starken Einbruch beim BIP-Wachstum zu verzeichnen hatte, nämlich 4.7% versus 2.6%, konnte es 2010 dank seiner Sonderstellung im Euroraum ein beachtliches Wirtschaftswachstum von 3.3% (IMF 2010, 2) erzielen, das allerdings in 2011 nicht auf diesem hohen Niveau bleiben wird. Das deutet darauf hin, dass die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Ende des zweiten Weltkrieges zwar vorbei ist, die Weltwirtschaft insbesondere in den reichen Ländern mit den Nachwehen der Krise noch einige Jahre leben müssen. Warum eigentlich?

Das bringt uns zur Frage, wodurch sich die Große Rezession 2007–2009 von vorherigen Rezessionen unterscheidet und welche Rolle dabei die Interbanken kreditmärkte spielten. Bekanntlich war die Große Rezession unerwartet schwer und hat sich in Windeseile weltweit verbreitet. Sie hat im Unterschied zu den Währungskrisen der 1980er und 1990er Jahre (lateinamerikanische und asiatische Krise) primär die hoch entwickelten Länder getroffen. Dies ist auch kein Zufall, denn das Finanz- und Bankensystem just dieser Länder ist stark untereinander verflochten und benutzte für die Fristen- und Risikotransformation, d.h. die Finanzierung längerfristiger, mit Ausfallrisiko behafteter Kredite durch kurzfristige wenig riskante Verbindlichkeiten, besicherte Geldmarktpapiere, die von außerbilanziellen Zweckgesellschaften (Conduits) der Banken

(Schattenbanken) ausgegeben und von Geldmarktfonds gehalten wurden (ausführlicher dazu Acharya und Schnabl 2009).

Am 15. September 2008 ging die Investmentbank Lehman Brothers Pleite. Am Tag danach musste der weltweit größte Versicherer AIG, der Kreditausfallsswaps im Wert von 400 Milliarden Dollar besaß, mit einem 85 Milliarden Dollar Kredit der amerikanischen Notenbank gestützt werden. Am selben Tag kam es zu einem Run auf den Reserve Primary Fund, einem Geldmarktfonds, der Lehman Papiere im Wert 785 Millionen Dollar besaß und nach der Lehman Pleite zahlungsunfähig wurde. Das löste einen allgemeinen Run auf Geldmarktfonds aus, der den Wert dieser Papiere innerhalb eines Monats fast halbierte. Damit gerieten die Schattenbanken, die diese Papiere ausgegeben hatten, und ihre Sponsoren, die großen Banken in den USA, in England, Deutschland, Holland und Japan unter gewaltigen finanziellen Druck. Dieser Druck wurde durch die Schwierigkeiten weiter verstärkt, das Troubled Asset Relief Programm (TARP), das den Ankauf von verbrieften Subprime-Hypothekendarlehen im Wert von 700 Milliarden Dollar durch den amerikanischen Fiskus vorsah, in Kraft zu setzen.

Diese Ereignisse in Summe machten den Finanzmarktteilnehmern rund um den Globus schlagartig klar, dass von den Banken viel höhere Risiken übernommen wurden als diese selbst und die Investoren glaubten, und dass die Fragilität des gesamten Systems viel größer war als sie dachten (Mishkin 2010, 8). Es war zu einem systemweiten Carry Trade gekommen, bei dem Händler hoch verzinsliche Wertpapiere mit billigen Krediten kaufen. Die mit den Transaktionen verbundenen Provisionen machten diese kurzfristig finanziell äußerst attraktiv, und das ging so lange gut, bis das in den hoch verzinslichen Wertpapieren enthaltene hohe Risiko schlagend wurde. Das Vertrauen der Marktteilnehmer in das System wurde außerdem durch Zweifel an der Problemlösungskapazität der amerikanischen Regierung und der amerikanischen Notenbank erschüttert. Dies alles führte dazu, dass nach dem September 2008 Runs auf das Schattenbankensystem weiter zunahm und seine finanzielle Lage immer aussichtloser wurde. Die Banken, die

diese Zweckgesellschaften gegründet hatten, um den eigenen strengeren Regulierungsbestimmungen (Eigenkapitalquote etc.) zu entkommen und das in den Krediten enthaltene Ausfallrisiko weiter zu wälzen, mussten feststellen, dass sie selbst auf dem Risiko sitzen blieben. Sie begannen liquide Mittel zu horten und weigerten sich, überflüssige Mittel an andere Banken zu verleihen, und das trotz gewaltiger Liquiditätsspritzen der großen Notenbanken. „The subprime crisis had become a full-fledged, global financial crisis.“ (Mishkin 2010, 9).

Das praktische Verschwinden des Marktes für besicherte Geldmarktpapiere und das Austrocknen der Interbankengeldmärkte ließ den TED-Spread (= Differenz zwischen dem Zinssatz für Interbankenkredite und dem Zinssatz auf amerikanische Schatzwechsel) von 40 Basispunkten (0.4 Prozentpunkten) Anfang August 2007 auf 450 Basispunkte am 10. Oktober 2008 explodieren. Die enorme Unsicherheit auf den Finanzmärkten über die weitere Entwicklung und das große Misstrauen der einen Bank über die Zahlungsfähigkeit der anderen führten zu einem Kurssturz auf den Aktienmärkten: Ende 2008 hatten die Papiere nur mehr die Hälfte ihres Wertes von Herbst 2007. Das Fallen der Immobilienpreise in den USA seit 2006, der Kurssturz auf den Aktienmärkten und die hohen Zinsen auf den Interbanken kreditmärkten im Herbst 2008 ließen das Welt-BIP im letzten Quartal 2008 um 6.4% (auf Jahresbasis) und um 7.3% im ersten Quartal 2009 schrumpfen.

Ohne ausführlich auf die Transmission der Finanzkrise in den Realbereich einzugehen (ausführlich dazu Farmer und Mestel 2010, 35–58), sind drei miteinander zusammenhängende Transmissionskanäle zu nennen: Erstens, Zinssätze für Bankkredite mit einer Laufzeit von 10 Jahren, die Anfang 2009 um 6% über den Renditen für 10-jährige Staatsanleihen lagen, ließen die Kreditnachfrage von Firmen und Haushalten und damit die aggregierte Güternachfrage abstürzen. Das Fallen der Immobilienpreise und der Aktienkurse ließ den Wert der Sicherstellungen für Bankkredite und damit das Kreditangebot an Nichtbanken fallen. Außerdem verlor dadurch das Eigenkapital der Finanzfirmen an Wert, was ihre Kreditvergabebereitschaft

II Fortsetzung: Kommt nach der Großen Rezession die Hyperinflation?

– von Karl Farmer

weiter einschränkte. Drittens brachte die allgemeine Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung Haushalte und Firmen dazu, große Vorsicht bei der Anschaffung dauerhafter Konsumgüter und gewerblicher Investitionen walten zu lassen, was zu einem Einbruch bei den Käufen von dauerhaften Konsumgütern und Kapitalgütern um 20% in den USA und um nochmals 20% in Deutschland, England und Japan im letzten Quartal 2008 führte (ausführlich Farmer und Mestel 2010, 48).

Obwohl die veröffentlichte Meinung gerne ein Komplott der Wallstreet Firmen und der Bush-Regierung gegen die Main Street vermutet, kommen seriöse Krisenanalytiker zum Schluss, dass Krisen dieser Art grundsätzlich nicht prognostiziert werden können (Tichy 2010). Sie treten auch nicht alle paar Jahre auf, sondern eher im Abstand von zwei Generationen (Koo 2008). Das Platzen von kreditfinanzierten Vermögenspreisblasen, übrigens noch vor dem Entstehen einer ausgedehnten Marktwirtschaft in der Neuzeit, hatte in der Geschichte bisher immer schwerwiegende Folgen. Da der Bankrott großer Banken wegen der starken Zwischenbankenverflechtungen zum Systemkollaps führen kann, sind Bailouts vom Zusammenbruch bedrohter systemrelevanter Banken unvermeidlich. Allerdings erzeugen Bailouts wegen too big to fail und too interconnected to fail Moral Hazard: Exzessive Risikoübernahme wird belohnt, weil die hoch wahrscheinlichen Verluste „sozialisiert“ werden. Dennoch darf man das Kind nicht mit dem Bade ausgießen: Ohne eine hoch spezialisierte und weltweit integrierte Kreditwirtschaft ist eine wachsende Weltwirtschaft undenkbar.

Die geldpolitische Gegensteuerung

Was die geldpolitische Gegensteuerung betrifft, ist eine Aussage von Ben Bernanke, dem jetzigen Präsidenten der amerikanischen Notenbank anlässlich des neunzigsten Geburtstags von Milton Friedman im Jahr 2002 bezeichnend: „Regarding the Great Depression, ... thanks to you, we won't do it again“, nämlich das Geldangebot einzuschränken, wie es die amerikanische Notenbank in den 1930er Jahren tat. Tatsächlich operierte die amerikanische Notenbank

(wie übrigens die britische, die japanische und die europäische auch), nachdem sie den Leitzinssatz von 5.25% im August 2007 auf 0.0 – 0.25% im Dezember 2008 reduziert hatte, im unerforschten Gelände und musste sich unüblicher Maßnahmen bedienen: Die erste unübliche Maßnahme („Quantitative Easing“) war die Einführung der Term Auction Facility (TAF), in deren Rahmen den Geschäftsbanken Zentralbankgeld für ein bis drei Monate gegen Verpfändung von Wertpapieren geringerer Qualität als im Rahmen der üblichen Diskontpolitik zur Verfügung gestellt wurde. Die TAF zusammen mit einer Reihe anderer Kreditgewährungen an große systemrelevante Finanzinstitutionen wie Bear Stearns, AIG sowie Fannie Mae und Freddie Mac führten zu einer Verlängerung der Bilanz der amerikanischen Notenbank um 1 Billion Dollar bis Ende 2008. Überdies stellte die amerikanische Notenbank ausländischen Notenbanken im Rahmen von Währungsswaps Dollars gegen die jeweilige Landeswährung zur Verfügung, damit diese ihre Banken, die Dollars benötigten, unterstützen konnten. Mehrere Studien (z.B. Christensen et al. 2009, Sarkar und Shrader 2010) kommen zum Ergebnis, dass die TAF und die anderen Notenbankkreditgewährungen die Kreditzinssätze spürbar reduzierten. Die Dollarswaps verbesserten nicht nur die Liquiditätssituation in den USA, sondern verringerten auch die Risikoprämien für Interbankenkredite in England und Japan (Ait-Sahalia et al. 2010).

Die zweite unübliche Maßnahme war der Ankauf von langfristigen US-Schatzanleihen im Wert von 300 Milliarden US-Dollar zwischen März und Oktober 2009 und der Erwerb von durch Hypotheken besicherten Wertpapieren (MBS) im Wert von 1.25 Billionen US-Dollar durch die Fed zwischen November 2008 und März 2010. Gagnon et al. (2010) kommen zum Schluss, dass diese Interventionen der amerikanischen Notenbank am Markt für verbrieft Hypothekarkredite die langfristigen relativ zu den kurzfristigen Zinssätzen deutlich reduziert und so zur Stabilisierung dieses Marktes beigetragen haben. Dass die mit diesen Wertpapierkäufen verbundene Aufblähung der Geldbasis direkt stimulierende Wirkung auf die Kreditnachfrage der Firmen und Haushalte hat, ist dagegen zweifelhaft (Curdia und Woodford 2010).

Tatsächlich begannen sich die Finanzmärkte in der ersten Hälfte 2009 von der Krise zu erholen. Die gewaltigen Liquiditätszufuhren durch die Notenbanken ließen den TED Spread im Mai 2009 und den BaaSpread (=Differenz zwischen den Ertragsraten auf zehnjährige Industrieobligationen und Staatsanleihen gleicher Laufzeit) Ende 2009 auf Vorkrisenniveaus fallen. Auch die Aktienmärkte erholten sich von ihrem Tief im März 2009, die Kurse legten innerhalb eines Jahres um 50% zu. Nach Mishkin (2010, 15) haben zu dieser positiven Entwicklung auch die sogenannten Stress Tests der 19 größten US Banken durch die Fed und andere amerikanische Finanzaufsichtsorgane beigetragen. Die Märkte nahmen die Ergebnisse der Tests wohlwollend auf und ermöglichten es den untersuchten Banken, frisches Kapital vom privaten Kapitalmarkt aufzunehmen. Neben den Stress Tests halfen auch die oben erwähnten Bailouts großer amerikanischer Finanzinstitutionen durch die Fed in Kooperation mit dem amerikanischen Finanzministerium sowie ähnliche Operationen in Europa das Vertrauen auf den Finanzmärkten, das durch die Krise schwer erschüttert wurde, wieder herzustellen. Ait-Sahalia et al. (2010) finden, dass die ca. 10 Billionen US Dollar schweren und international koordinierten Bailoutpakete in 20 Ländern zu einer deutlichen Verringerung der Zwischenbankenrisikoprämien geführt haben.

Die fiskalpolitische Expansion

Die Renaissance von Fiskalpolitik keynesianischer Provenienz ist eine andere Konsequenz der Großen Rezession. In einer Mischung von Steuerkürzungen und Ausgabenexpansion wie im amerikanischen Recovery and Reinvestment Gesetz 2009 der Regierung Obama (ca. 500 Milliarden zusätzliche Ausgaben und 290 Milliarden Steuerkürzungen) vorgesehen und ähnlichen Stimulus Paketen in vielen anderen Ländern (inklusive Deutschland und China) versuchten die Regierungen, die private Nachfragerücke zu schließen. Je nach politischer Couleur werden den Stimulus Paketen mehr oder weniger produktionssteigernde Wirkungen zugeschrieben. Aber zwei Argumente sprechen dafür, dass die fiskalpolitische Expansion viel weniger wichtig für die Überwindung der Finanzkrise als die geldpolitische Gegensteuerung war (Mishkin

Fortsetzung: Kommt nach der Großen Rezession die Hyperinflation?

– von Karl Farmer

2010, 17 ff.): erstens wurde nur ein Bruchteil der geplanten (amerikanischen) Ausgaben wirksam und davon erst Ende 2009 und im Laufe von 2010. Zweitens weisen die meisten empirischen Untersuchungen nur einen „Multiplikator“ von deutlich unter Eins nach, d.h. wenn die Ausgaben des Staates für Güter und Dienste um 100 Milliarden Dollar steigen, steigt der Output um höchstens 100 Milliarden Dollar und nicht mehr (Hall 2009). In einigen empirisch fundierten neuklassischen Makromodellen werden allerdings auch tatsächliche Multiplikatoren über Eins nachgewiesen, wenn der nominale Zinssatz gleich Null ist und expansive Fiskalpolitik höhere Inflationserwartungen der Wirtschaftssubjekte auslöst.

Wie nun die Outputeffekte expansiver Fiskalpolitik letztendlich auch einzuschätzen sind, die Kombination massiver Bailouts großer Finanzinstitute (Bankgarantien, Eigenkapitalzuführungen) mit fiskalischen Stimuluspaketen und der massive Ausfall von Steuereinnahmen wegen der dramatischen Produktionsrückgänge haben die Staatsbudgets jedenfalls enorm belastet. Wie Reinhart und Rogoff (2009) in einer breit angelegten empirischen Studie zu Finanzkrisen in 66 Ländern in den vergangenen acht Jahrhunderten herausarbeiten, ist das auch nichts Neues, folgen doch auf das Platzen von Vermögenspreisblasen (Immobilien, Aktien, Anleihen), die durch Kreditexpansion finanziert wurden, regelmäßig auch hohe Staatsschulden bis hin zu Staatsbankrotten. In einer Studie des Internationalen Währungsfonds wird der voraussichtliche Anstieg der Staatsverschuldung in den G20 Staaten zwischen 2008 und 2015 um 39.1% fast zur Hälfte auf Steuerausfälle, zu 11.5% auf Stimuluspakete und „nur“ zu 8.1% auf Ausgaben zur Stützung des Bankensystems (Eigenkapitalzuschüsse, Haftungsübernahmen und Verstaatlichung von maroden Banken) zurückgeführt. Neuverschuldungsquoten (= Anteil der Neuverschuldung eines Nationalstaates am nationalen Bruttoinlandsprodukt) um 10% wie in den USA 2009 und 2010 und Staatsschuldenquoten um die 100% können das Risiko eines Staatsbankrotts heraufbeschwören, wie die jüngste Schuldenkrise im Euroland verdeutlicht. Das führt uns zur Frage, warum die Gefahr von Staatsbankrotten im Euro- und nicht im Dollarland zu Tage getreten ist.

Warum die Gefahr von Staatsbankrotten gerade im Euroland?

Auf diese Frage gibt es zunächst eine sehr grundsätzliche Antwort: das Euroland ist (noch) kein optimales Währungsgebiet im Sinne von Mundell (1961). Danach ist eine gemeinsame Währung für souveräne Staaten optimal, wenn die Handelsbeziehungen zwischen den Staaten intensiv und die Arbeitskräfte zwischen den Staaten sehr mobil sind. Während die erste Voraussetzung für das Euroland annäherungsweise erfüllt ist, auch wenn die Handelsintensität nach Einführung des europäischen Binnenmarktes 1993 sich nicht wesentlich erhöht hat, ist die zweite Voraussetzung im Unterschied zur USA praktisch überhaupt nicht erfüllt. Daraus folgt, dass der Euro primär ein integrationspolitisches Projekt ist, das von heute aus betrachtet auf französischen Druck 1999 bzw. 2002 zu früh umgesetzt wurde. Allerdings gab es auch auf deutscher Seite mit der Grundstein- (Lokomotiven-) Theorie, die besagt, dass eine gemeinsame Währung eine Lokomotive für die politische Integration souveräner Staaten ist, Befürworter der (zu frühen) Euroeinführung. Der Lokomotiventheorie steht die Krönungstheorie gegenüber, die, auf Mundells Theorie optimaler Währungsgebiete basierend, die gemeinsame Währung als „Krönung“ realwirtschaftlicher Integration (Angleichung der Lohnstückkosten, der Inflationsraten und Budgetdefizitquoten zwischen den Mitgliedskandidaten) sieht (ausführlicher dazu Lachmann 2007, 189). Wie wir heute deutlicher als vor 10 Jahren erkennen, hätte man auf den Rat von fast 300 deutschsprachigen Volkswirtschaftsprofessoren hören sollen, und mit der Einführung des Euro in den südeuropäischen Ländern (Griechenland, Italien, Portugal, Spanien) und in Irland (PIIGS) warten sollen. Dem Verfasser sind demgegenüber noch sehr gut die Argumente für die ohnedies verspätete Euroeinführung in Griechenland 2001 in Erinnerung, als die volkswirtschaftlichen Bedenken mit dem integrationspolitischen Argument, man könne doch Griechenland als die „geistige Wiege“ Europas von dem Zukunftsprojekt Euro nicht ausschließen, weggewischt wurden.

Tatsächlich kam es nach der politisch motivierten Euroeinführung in 1999 (2001) zu-

nächst zu einer Konvergenz der Zinssätze auf Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit im Eurogebiet bis zum Herbst 2008 (Sinn 2010, 6): Die zuvor in einigen PIIGS-Staaten höheren Zinssätze als in Deutschland gingen zurück und ermöglichten den Boom der Baubranche in manchen PIIGS-Ländern zwischen 1999 und 2006. Das führte unter anderem zu einem Preisanstieg (Anstieg der Lohnstückkosten) relativ zum Eurodurchschnitt um 10% in Griechenland, um 9% in Spanien und um 14% in Irland, während im gleichen Zeitraum die Lohnstückkosten relativ zum Eurolanddurchschnitt in Deutschland und Finnland um 4% und in Österreich um 3% zurückgingen. Die unweigerliche Konsequenz dieser uneinheitlichen Lohnstückkosten- und Preisniveauentwicklungen bei einheitlichem Nominalzinssatz war ein Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der PIIGS gegenüber den anderen Euroländern, der sich in einem Anstieg des effektiven realen Wechselkurses der PIIGS und in folgenden kumulierten Leistungsbilanzdefiziten zwischen 1999 und 2006 äußerte: Portugal 60% des BIP, Griechenland 50% und Spanien 30% des BIP.

Parallel zu dieser realwirtschaftlichen Disintegration hat die monetäre Integration (Vereinheitlichung der Nominalzinssätze) im Euroland bis zum Ausbruch der globalen Finanzkrise im Herbst 2008 zu einer enormen Ausweitung der finanziellen Verflechtungen zwischen den Euro-Staaten geführt: so schuldete Griechenland privat und öffentlich zum 31.12.2009 ca. 240 Milliarden Dollar zu einem Drittel Frankreich und zu einem Fünftel Deutschland, Portugal 286 Milliarden Dollar zu einem Drittel Spanien und zu je 15% Deutschland und Frankreich, Spanien 1,1 Billionen Dollar je zu einem Drittel Deutschland und Frankreich und zu 15% England, und Irland 867 Milliarden je zu einem Fünftel Deutschland und England und zu 15% Frankreich. Besonders stark ist das Engagement französischer Finanzinstitutionen in Italien, welche zum 31.12.2009 die Hälfte der italienischen privaten und öffentlichen Schuldtitel von 1,1 Billionen US-Dollar hielten. Diese ausgeprägten finanziellen Verflechtungen sind im Hinterkopf zu behalten, wenn nun anschließend Wege aus der europäischen Schuldenkrise aufgezeigt werden.

Fortsetzung: Kommt nach der Großen Rezession die Hyperinflation?

– von Karl Farmer

Wege aus der Krise

Was die Wege aus der Krise betrifft, ist zwischen den Handlungsmöglichkeiten von Regierungen und den Aktionsmöglichkeiten ihrer Bürgerinnen und Bürger zu unterscheiden. Kommt eine Regierung im Euro-land in Zahlungsschwierigkeiten, weil die Marktzinssätze für die von ihr ausgegebenen Staatsschuldverschreibungen zu hoch werden, kann sie versuchen, über günstigere Kredite des Internationalen Währungsfonds und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und einen strikten internen Sparkurs das Vertrauen der Finanzmärkte und damit günstigere Marktzinssätze wieder zu gewinnen. Das setzt voraus, dass es erstens gelingt, die verlorene Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Euromitgliedsländern durch Senkung der Lohnstückkosten wieder zu erlangen und zweitens, dass die ausstehenden privaten und öffentlichen Schulden bedient werden können. Gerade das aber ist schwierig, wenn nicht unmöglich, wenn das heimische Preisniveau sinkt und real mehr zurückgezahlt werden muss als am Schein steht. Daher ist nach Eichengreen (2010) eine Umschuldung bzw. ein teilweiser Schuldverzicht im Euro-land unausweichlich, wenn die reale Abwertung in den PIIGS funktionieren soll. Allerdings müssen drei Voraussetzungen für den Erfolg dieses Umschuldungsprogramms erfüllt sein: der IWF und die deutsche Regierung müssten die Sicherheit der restrukturierten Schulden garantieren, zweitens müsste die Umschuldung im europäischen Gleichschritt erfolgen und drittens müssten die Gläubigerbanken, die unter dem Schuldverzicht leiden, durch Umwandlung ihrer Verbindlichkeiten in Eigenkapital, und wenn dies nicht reicht, durch öffentliche Kapitalzuschüsse gestärkt werden. Überdies müsste die deutsche Regierung die Bevölkerung überzeugen, dass deutsche Garantien für restrukturierte Schuldverschreibungen der PIIGS und eine Rekapitalisierung deutscher Gläubigerbanken der unvermeidliche Preis für den Erfolg der internen Abwertungsstrategie in den PIIGS und die Rettung des Euros sind.

Die Alternative wäre, die Eurozone auseinanderbrechen zu lassen. Entweder führten dann die PIIGS ihre früheren Währungen wieder ein oder einen gemeinsamen weiche-

ren Euro. In jedem Fall würden große Umstellungskosten in den PIIGS anfallen, und sehr wahrscheinlich wären die Verzichtes der Gläubigerländer auf Rückzahlung der aufgenommenen Schulden noch größer als in der ersten Variante.

Schließlich könnte man darauf setzen, durch Aufspannen immer größerer Eurorettungsschirme sich durch die kommenden Jahre geringen Wachstums ohne europaweit koordinierten Schuldverzicht „durchzuwursteln“. Im besten Fall könnte dies, wie in Japan zwischen 1990 und 2003, dazu führen, dass die Privaten ihren Schuldenüberhang Schritt für Schritt abbauen und danach wieder normale Nachfrage zu entfalten beginnen. Im eher wahrscheinlichen schlechteren Fall könnten zuerst die südeuropäischen und dann die mitteleuropäischen Regierungen die Europäische Zentralbank unter Druck setzen, ihre Schulden zu monetarisieren. Wie Aizenmann und Marion (2009) für die amerikanische Staatsschuld zeigen, steigt die Wahrscheinlichkeit, die Staatsschuld durch Inflationierung zu reduzieren, mit dem Anteil von Staatsschulden mit längerer Laufzeit und dem Anteil der von Ausländern gehaltenen heimischen Schuldpapieren. Mit Ausnahme der britischen Staatsschuld haben die Schulden der meisten europäischen Regierungen jedoch eine Laufzeit von nur einer halben Dekade, was den Anreiz zu Inflationierung deutlich reduziert, weil bei kurzen Laufzeiten mit höherer Inflation auch die nominellen Zinsen für die neu aufgenommenen Schulden steigen. Andererseits steigert der hohe Auslandsanteil an den heimischen Staatsschulden den Anreiz zur Inflationierung. Dazu ist es allerdings nötig, die EZB in Geiselhaft der südeuropäischen Länder zu nehmen, wozu die Wahl eines Italienerers als EZB-Präsidenten ein erster wichtiger Schritt wäre. Wie die Erfahrungen mit den Staatsschulden nach den beiden Weltkriegen in Deutschland und Österreich zeigen, kann eine kontrollierte Inflationierung leicht in eine unkontrollierbare Hyperinflation ausarten.

Was die Handlungsoptionen der Bürgerinnen und Bürger in den mitteleuropäischen Ländern betrifft, existiert für die kommenden Jahre die Gefahr der Hyperinflation mit Sicherheit nicht. Auch wenn die Rohstoffpreise (inklusive Rohöl) stärker zu steigen beginnen,

ist in den nächsten zwei bis drei Jahren keine wesentlich höhere Inflation des Verbraucherpreisniveaus zu erwarten. Das Problem ist weniger die Inflation als das mangelnde Wirtschaftswachstum. Wenn es bei höherer Kapazitätsauslastung durch Monetarisierung der Staatsschulden zu höherer Inflation kommt, ist es ratsam, in Realitäten in günstiger Lage und in erstklassige Aktien zu investieren. Einen Teil seines Geldvermögens in Rohstoffe (inklusive Gold) zu investieren, ist auch kein Fehler, wenn man sich der hohen Lagerungskosten, der starken Preisschwankungen und der fehlenden Verzinsung bewusst ist.

Exkurs: Creutz's Liquiditätsabgabe weist keinen Ausweg aus der Krise!

In der ersten Ausgabe von *Wirtschaft und Ethik 2010* führt Helmut Creutz die langfristigen Ursachen der Finanzkrise auf „Fehlstrukturen unseres Geldsystems“ zurück. Als Anhänger der Freigeldlehre von Silvio Gesell (1862–1930), „wonach der Realwert der kontraktiv wirkenden Bargeldkasse durch wöchentliche Bestätigung ihres Nominalwertes mittels Aufklebens gebührenpflichtiger Geldmarken vermindert werden sollte“ (Gabler-Volkswirtschafts-Lexikon 1996, 414), ist für Creutz das Horten, d.h. das Nichtausgeben von Geld letztlich die Ursache aller Wirtschaftskrisen. Durch die Einführung einer „Liquiditätsabgabe“ soll das „übermäßige“ Wachstum der Bankkredite und der Geldmenge im Vergleich zur Sozialproduktentwicklung eingedämmt und ein krisenfreier Kapitalismus geschaffen werden.

Das Ziel, die Folgen von Krisen im Kapitalismus zu mildern, ist lobenswert, die Erfolgchancen für einen krisenfreien Kapitalismus sind jedoch gering. Auch ist Creutz's empirische Gegenüberstellung der Entwicklung der Geldvermögen bzw. Schulden und der Sozialproduktentwicklung sowie der Steuereinnahmen und der Staatsschulden zwischen 1950 und 2008 in Deutschland verdienstvoll. Das empirisch nachgewiesene Auseinanderdriften von Geldvermögens- und Sozialproduktentwicklung ist jedoch nicht zwingend eine Krisenursache, sondern eher ein Symptom der Entwicklung zu einer globalen Marktwirtschaft. Für das Wirtschaftswachstum in einer hocharbeitsteiligen und monetär integrierten

Fortsetzung: Kommt nach der Großen Rezession die Hyperinflation?

– von Karl Farmer

Weltwirtschaft sind ausreichend Kredite essenziell. Sie verdeutlicht aber auch das seit Anfang der 1970er Jahre, die als Beginn der Globalisierung II gesehen werden müssen, stetig steigende Liquiditätsbedürfnis der im globalen Wettbewerb stehenden Unternehmen und ihrer Beschäftigten. Neben den vermehrten Krediterfordernissen einer weltweit fragmentierten Produktion und des damit zusammenhängenden Zwischenprodukthandels sind es die Unsicherheiten und Unwägbarkeiten des schärferen internationalen Wettbewerbs um Kunden und Arbeitsplätze, gegenüber denen sich die Wirtschaftssubjekte durch Geldhaltung abzusichern versuchen.

Vor diesem Hintergrund ist nicht leicht nachzuvollziehen, warum das Geldvermögen und das Sozialprodukt sich „im Gleichschritt miteinander“ (Creutz 2010, 11) entwickeln müssen. Die wirtschaftliche Entwicklung vollzieht sich seit der industriellen Revolution eben nicht wie jene der biologischen Organismen. Die Entwicklung des Sozialprodukts ist genauso exponentiell wie die Entwicklung der Geldvermögen (ausführlich dazu Farmer und Wendner 1999, 7). Dass die BIP-Entwicklung in Creutz's Abbildung 1 (Creutz 2010, 11) wie linear aussieht, hat nur den Grund, dass die BIP-Wachstumsrate geringer als die Wachstumsrate der Geldvermögen ist. Ob überdies eine hohe (Staats-) Verschuldung zukünftige Generationen belastet, dafür ist seit Diamond (1965) nicht der Vergleich der Geldvermögenswachstumsrate und der BIP-Wachstumsrate, sondern die Höhe des Realzinssatzes (=die Nominalzinssatz abzüglich Preisinflationsrate) im Vergleich zur BIP-Wachstumsrate entscheidend. Zwischen 1992–1999 war der weltweite Realzinssatz tatsächlich höher als die BIP-Wachstumsrate, seit 2000 ist es genau umgekehrt (IMF 2010, 208). Nur im ersten Fall ist eine höhere (Staats-) Verschuldung eine Last für künftige Generationen, im zweiten Fall (also seit einem Jahrzehnt) nicht.

Schlussbemerkungen

Die im Titel dieses Beitrags formulierte Frage kann für die nächsten Jahre eindeutig mit Nein beantwortet werden. Mittel- bis langfristig ist die Antwort nicht so eindeutig. Das hängt sehr davon ab, ob es den Verantwortli-

chen gelingt, die Schuldenkrise im Euroland in einer die Finanzmärkte überzeugenden Weise beizulegen. Am wahrscheinlichsten ist ein Durchwursteln, der Versuch die Krise auszusitzen mit der längerfristig erheblichen Gefahr, dass die hohe öffentliche Verschuldung in den PIIGS-Staaten und die von den anderen Staaten abgegebenen Haftungszusagen im Rahmen des Euro-Rettungsschirms weginflationiert werden, und das Euroland dabei unbeabsichtigt in eine unkontrollierte Hyperinflation gerät. Dass uns die von Creutz (2010) vorgeschlagene Liquiditätsabgabe zur Angleichung der Kreditentwicklung an die Sozialproduktentwicklung vor einer solchen Hyperinflation bewahren kann, ist mit gutem Grund zu bezweifeln.

Den Bewohnern des Eurolandes ist jedoch zu empfehlen, vorsichtiger als vor der Großen Rezession bei ihren Vermögensanlageentscheidungen zu sein, mehrere Berater zu konsultieren und deren Angebote zu vergleichen. Generell sind hohe Renditeversprechen insofern verdächtig, als die zugrunde liegenden Vermögensanlagen mit hohem Risiko verbunden sind. Nur wenn man bereit ist, dieses Risiko zu übernehmen, sollte man auf diese Angebote einsteigen. Immer noch gilt die goldene Anlageregeln, zu je einem Drittel sein Geldvermögen auf Sachwerte, auf variabel und auf fest verzinsliche Anlagen (inklusive unverzinslichem Geld) zu diversifizieren.

Zum Schluss noch einige Bemerkungen zur Frage, warum eine hocharbeitsteilige und weltweit integrierte Marktwirtschaft nicht krisenfrei funktionieren kann. Im Marktprozess entstehen stets Gewinne und Verluste, kluge und weitsichtige unternehmerische Entscheidungen werden grundsätzlich belohnt, unkluge und kurzsichtige Entscheidungen bestraft. In schweren Wirtschaftskrisen wie der eben durchlebten wird diese Tendenz zur Selbstkorrektur durch Herdenverhalten und Panik auf den Finanzmärkten eine Zeit lang außer Kraft gesetzt und von selbstverstärkenden Prozessen abgelöst. Während des Aufbaus von Vermögenspreislinsen gedeihen im Verborgenen Betrügereien und die Gier nach schnellem Reichtum, die nach dem Platzen der Blasen ans Tageslicht kommen und rechtlich bzw. moralisch zu Recht verfolgt werden. Wirtschaftskrisen haben demnach einen gewissen „reinigen-

den“ Charakter. Sie machen auch denen, die nicht unmittelbar von der Krise betroffen sind, die Not der Mitmenschen deutlicher als in guten Zeiten. Dem einen oder der anderen kommt in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eher zum Bewusstsein, dass neben Haben auch das Sein wichtig ist, und dass eine lebendige Beziehung zu Gott und tätiges Wohlwollen den Mitmenschen gegenüber auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten möglich ist. Es findet eine größere Bereitschaft zu direkten zwischenmenschlichen Hilfeleistungen statt. Alles von staatlichen Stellen zu erwarten, könnte auch ein positiver externer Effekt der Großen Rezession sein.

Literaturhinweise

Ait-Sahalia, Y., J. Adnritsky, A. Jobst, S. Nowak and N. Tamirisa (2010), Market Response to Policy Initiatives During the Global Financial Crisis. NBER Working Paper 15809, March.

Aizenmann, J. und N. Marion (2009), Using Inflation to Erode the U.S. Public Debt. NBER Working Paper No. 15562.

Acharya, V. und Ph. Schnabl(2009), Do Global Banks Spread Global Imbalances? The Case of Asset-Backed Commercial Paper During the Financial Crisis of 2007–09. Paper presented at the 10th Jacques Polak Annual Research Conference.

Burda, M. und Ch. Wyplosz (2009), Macroeconomics. A European Text. 5th ed., Oxford University Press: Oxford.

Christensen, J. H. E., J. A. Lopez, G. D. Rudebusch(2009), Do Central Bank Liquidity Facilities Affect Interbank Interest Rates? Federal Reserve Bank of San Francisco, Working Paper 2009–13, June.

Creutz, H. (2010), Langfristige Ursachen der Finanzkrise: Fehlstrukturen unseres Geldsystems!, Wirtschaft und Ethik 21 (1), 11–15.

Curdia, V. und M. Woodford (2010), Conventional and Unconventional Monetary Policy. Federal Reserve Bank of St. Louis Review (July/August), 229–264.

Fortsetzung: Kommt nach der Großen Rezession die Hyperinflation?

– von Karl Farmer

Diamond, P. A. (1965), *National Debt in a Neoclassical Growth Model*. *American Economic Review* 55, 1135–1150.

Eichengreen, B. (2010), *Europe's Inevitable Haircut*. Project Syndicate. <http://www.project-syndicate.org/commentary/eichengreen25> (heruntergeladen am 24.12.2010).

Farmer, K. und R. Mestel (2010), *Von der US-Immobilienkrise zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise*, in: Lachmann, W., R. Haupt, K. Farmer (Hrsg.), *Die Krise der Weltwirtschaft. Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft und die ethischen Herausforderungen auf dem Weg dahin*. LIT Verlag: Münster, 23–55.

Farmer, K. und R. Wendner (1999), *Wachstum und Außenhandel. Eine Einführung in die Gleichgewichtstheorie der Wachstums- und Außenhandelsdynamik*, 2. Aufl., Physica: Heidelberg.

Gabler-Volkswirtschafts-Lexikon (1996), Bd. 1. Gabler: Wiesbaden.

Gagnon, J., M. Raskin, J. Remache, and B. Sack (2010), *Large Scale Asset Purchases by the Federal Reserve: Did They Work?* Federal Reserve Bank of New York Staff Report No. 441. New York.

Hall, R. E. (2009), *How Much Does GDP Rise if the Government Buys More Output?* *Brookings Papers on Economic Activity*, Fall 2009, 183–249.

International Monetary Fund (2010), *World Economic Outlook. Recovery, Risk, and Rebalancing*. Washington.

Lachmann, W. (2007), *Stabiles Geld hat seinen Preis – der Weg zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion*, in: Lachmann, W., R. Haupt, K. Farmer (Hrsg.), *Zur Zukunft Europas. Wirtschaftsethische Probleme der Europäischen Union*, LIT Verlag: Münster, 178–205.

Koo, R. (2008), *The Holy Grail of Macroeconomics: Lessons from Japan's Great Recession*. John Wiley & Sons: New York.

Mishkin, F. S. (2010), *Over the Cliff: From the Subprime to the Global Financial Crisis*, Working Paper 16609, National Bureau of Economic Research.

Mundell, R. A. (1961), *A Theory of Optimal Currency Areas*, *American Economic Review* 51, 717–725.

Reinhart, C.M. und K. S. Rogoff (2009), *This Time is Different. Eight Centuries of Financial Folly*. Princeton University Press: Princeton.

Sarkar, A. und J. Shrader (2010), *Financial Amplification Mechanisms and the Federal Reserve's Supply of Liquidity During the Crisis*, Federal Reserve Bank of New York Staff Report No. 431, March.

Sinn, H.-W. (2010), *Eurokrise: Die Bedeutung des Gewährleistungsgesetzes für Deutschland und Europa*, Ifo Schnelldienst, Sonderausgabe, 63 (10), 1–9.

Tichy, G. (2010), *War die Finanzkrise vorhersehbar? Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 11(4), 356–382.

Die verblödete Republik

Rezension von Werner Lachmann

Wieczorek, Thomas: *Die verblödete Republik. Wie uns Medien, Wirtschaft und Politik für dumm verkaufen*. 329 S. München 2009 (Knaur) ISBN: 978-3-426-78098-5

Der Titel reizt zur Lektüre. Nach einer Einleitung wird in sechs Teilen die zunehmende „Verblödung“ unseres Volkes abgehandelt. Im ersten Teil geht es um den politisch verblödeten Bürger, dem der Autor eine politische Entmündigung unterstellt, dann behandelt er den Pseudosozialstaat (Soziale Marktwirtschaft) und den Pseudorechtsstaat. Hierbei stimmt sich der Autor auf eine Kritik des Kapitalismus ein. Im zweiten Teil wird das Weltbild der Marktwirtschaft (einseitig!) dargestellt. Teil III behandelt Indoktrinationen, wobei er auf die Medienmacht (Wedelt der Schwanz mit

dem Hund?) eingeht und nach einigen generellen Bemerkungen einzelne Medien kritisch untersucht. Der Kritik muss man zustimmen.

Im vierten Teil geht es um Ablenkung, wobei der Autor sich intensiv mit den Unterschichten befasst und zeigt, wie das alte Prinzip „Teile und herrsche“ heute von der politischen Elite weiter verwendet wird. Teil V behandelt die Bildung und Teil VI zeigt, wie der Bürger durch Politik und Medien gegen Ausländer aufgehetzt wird und Panikmache das Selbstverständnis der Politik erhöht. Keine Angst – wir sorgen uns um euch! Anmerkungen und Literaturhinweise runden das Buch ab.

Wieczorek deckt die Abgründe der Massenverblödung auf und fragt nach den Draht-

ziehern. Seine Analyse kann voll unterstützt werden. Das Buch animiert zum Nachdenken – jedoch sind seine Lösungsvorschläge politisch einseitig und unausgegoren. Heftig kritisiert der Autor den Markt – ohne ihn verstanden zu haben. Auch die ethische Bedeutung eines wirksamen Wettbewerbs ist ihm entgangen. Intellektuelle sind keine Helden und besser für Politik und Bürokratie statt für den marktwirtschaftlichen Wettbewerb geeignet. Beim Lesen dieses Spiegel-Bestsellers musste ich an ein russisches Sprichwort denken: „Ein Narr findet immer noch einen größeren Narren, der ihn bewundert.“ Dennoch: Das Buch ist lesenswert – da es zum Nachdenken anregt – auch über die dargestellten naiven Lösungsvorschläge.

■ Breviere II

Meisterdenker der Freiheits-/Wirtschaftsphilosophie – Rezension von Werner Lachmann

Die Ludwig-Hayek-Gesellschaft gibt Breviere bekannter freiheitlich-orientierter Denker heraus. Nachdem wir in der letzten Nummer drei Breviere behandelt, sollen nun drei weitere vorgestellt werden. Alle Breviere sind ähnlich aufgebaut. Verwiesen wird auf die ausführliche Besprechung des Alexander-Rüstow-Breviers in Nr. 19.2 (Dez. 2008). In den Brevieren finden sich die Hauptpaussagen dieser Denker und viele interessante Zitate für den eiligen Leser.

Roland Baader (Hg.): Logik der Freiheit – ein Ludwig-von-Mises-Brevier, Thun 2000 (Ott), 248 S. ISBN: 3-7225-6917-6

Ludwig von Mises, ein Urgestein liberalen Denkens, hat als Ordinarius an der Wiener Universität viele bekannte Ökonomen und Sozialphilosophen geprägt. Ab 1934 lehrte er in Genf, 1940 siedelte er in die USA um. In seinem 1922 erschienenen monumentalen Werk „Die Gemeinwirtschaft“ legte er dar, dass sozialistische Systeme in einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft nicht funktionieren können. Er sprach sich gegen den kollektivistischen und nationalistischen Zeitgeist aus und blieb trotz aller akademischen Erfolge interventionistischer Makroökonomik ein unerschütterlicher Verfechter eines freien Marktes. Auch ein Wohlfahrtsstaat ist mit einer Gesell-

schaft freier Bürger nicht vereinbar und nicht langfristig überlebensfähig. Geordnet sind die Zitate in drei Hauptgruppen: Liberalismus, die Grundlagen einer liberalen Ordnung und die Feinde des Liberalismus. Allen, die sich um die Zukunft unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sorgen, sei dieses Werk als Einstieg in liberales Denken empfohlen.

Horn, Karen Ilse (Hg.): Die liberale Demokratie, Ein Benjamin-Constant-Brevier, Thun 2004 (Ott), 146 S. ISBN: 3-7225-6925-7

Der rastlose Europäer Henri-Benjamin Constant ist ein Philosoph des Liberalismus. Im Mittelpunkt seines Denkens steht die Freiheit, die verwurzelt ist in lokaler Bindung, Recht auf Eigentum, Religion und Tradition. Er ist einer der ersten, der zeigt, dass auch die Demokratie keinen Schutz vor Tyrannei bietet. Nicht die Anzahl der Herrschenden ist entscheidend, sondern die politische Autorität bedarf der Selbstbeschränkung durch das Recht, um die individuellen Freiheitsrechte zu wahren. Die notwendigen institutionellen Absicherungen einer Demokratie werden herausgearbeitet, wobei er mit Adam Smith die Bedeutung von wirtschaftlicher Freiheit und Privateigentum erkennt. Die Zitate sind unterteilt in: Die Freiheit, das Recht, der Staat, die Wirtschaft und der Mensch. Daneben finden sich einige Bemerkungen über deutsche Dichter und Denker.

Habermann, Gerd (Hg.): Vision und Tat. Ein Ludwig-Erhard-Brevier, Thun 2005 (2. Auflage), 220 S. ISBN: 3-7225-0001-X

Die Deutschen verdanken Ludwig Erhard den „Wohlstand für alle“, den er mit seiner Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“ ermöglichte. Trotz aller Kritik und in vielen Kämpfen erreichte er den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands. Kernsätze seiner Wirtschaftsphilosophie aus Erhards Reden und Veröffentlichungen werden in sechs Gruppen präsentiert: „Soziale Marktwirtschaft: Von der Vision zur Tat“; „Im Kampf gegen Sonderinteressen“; „Deutschlands Deformation zum Versorgungsstaat“; „Wer ist ein guter Europäer?“; „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ und Verschiedenes, in welchem u. a. auch Aussagen für den Fall der Wiedervereinigung zu finden sind. Das Brevier enthält u.a. noch einen biographischen Abriss, Quellenhinweise und ein Sach- und Personenregister. Bedenkt man, dass die Soziale Marktwirtschaft in Entwicklungsländern und Transformationsstaaten (oder auch Neuseeland!) auf hohes Interesse stößt, verwundert es, dass seine Konzeption in Deutschland politisch kaum noch wirkliche Unterstützer hat. In der Zeit ordnungspolitischer Verwahrlosung könnten die Hinweise auf Ludwig Erhard der deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik eine Orientierungshilfe geben.

■ Richtigstellung

Rezension von Werner Lachmann

Habermann, Gerd: Richtigstellung. Ein polemisches Soziallexikon, München 2006 (Olzog), 171 S. ISBN 3-7892-8182-4

In 300 Artikeln werden gesellschaftliche Begriffe aus Sicht der „Werte des Westens“ (Eigentum, Freiheit, Personalität, Subsidiarität) auf schönfärberische Begriffsverfälschungen untersucht. In der Gesellschaft wird bei wichtigen Themen „politische Korrektheit“ verlangt, was wohl mehr als Feigheit oder Opportunismus ausgelegt werden müsste. Schon Orwell hat in „1984“ davor gewarnt, dass die Herrschenden Begriffe umdefinieren, so heißt das Kriegsministerium nun Friedensministerium. In gleicher Art werden die Bürger heute manipuliert. Deshalb ist es

nötig, aktuelle Begriffe auf ihre richtige Bedeutung abzuklopfen. So wird gezeigt, dass „Sozialpartnerschaft“ als mächtiges Kartell hauptverantwortlich für die strukturelle Massenarbeitslosigkeit ist. Begriffsverdrehungen werden deutlich, wenn der versorgte Kettenhund als „frei“ bezeichnet wird und der wildlebende Fuchs als „unfrei“.

„Richtigstellung“ ist ein antibürokratisches Lexikon. Nach einer Einleitung von Gerd Radnitzky (Die Sprache verrät die Denkweise) erfolgen Erörterungen von „Abgabenquote“ bis „Zwei-Klassen-Medizin“. Im Anhang folgt ein Beitrag „Zur Ökonomie und Sprache des Neids“ von Habermann und „Die Entstehung der Begrifflichkeit“ von Stephen Holmes.

In den Abhandlungen aus liberaler Sicht werden auch die ethischen Gefahren bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen aufgeführt, z.B. die Korruptionsgefahr bei administrativen Preisen. Zur Agrarpolitik heißt es „Freie Agrarmärkte wären die beste Entwicklungshilfe.“ Platon wird als Erzgegner einer offenen Gesellschaft und Freund aller „Totalitären“ entlarvt. Diese Richtigstellungen reizen zum eigenständigen Nachdenken. Viele Beiträge haben Literaturverweise.

Es handelt sich um ein sehr empfehlenswertes Buch, das in seiner Frische und Klarheit der Argumentation überzeugt und die Manipulation unserer Gesellschaft durch unklare Begriffe aufzeigt und ihre wahre Bedeutung klarstellt.

■ Aufstieg für alle

Rezension von Werner Lachmann

Höhler, Gertrud: Aufstieg für alle. Was die Gewinner den Verlierern schulden, Berlin 2007 (Econ-Ullstein), 268 S. ISBN 978-3-430-20028-8.

Die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Aufsteigern und Absteigern öffnet sich in Deutschland immer weiter. Der vorsorgende Staat schafft Verlierer und kümmernt sich zu wenig um ein Klima für Aufsteiger. Die gesellschaftlichen Eliten müssen ein Ethos für Aufsteiger schaffen; denn „Aufsteiger machen Aufsteiger“. Ihr leidenschaftliches Plädoyer für ein Aufsteigerklima erinnert an den eingeforderten „Ruck“ von Roman Herzog. Höhler sieht in den Frauen die „Aufsteiger par excellence“, wobei die Machtergreifung der Frauen von den Selbstzweifeln der Männer herrühre.

Aufstieg führt zu Macht, das Ziel der Macht ist: Kooperation. Freiheit schulden die Mächtigen den anderen. Allerdings sichert der Staat seine Macht mit Angeboten der

Sicherheit durch Übergriffe auf die Freiheit seiner Bürger. Ohne Freiheit ist die angebotene Sicherheit wertlos. Deshalb gehört zum Ethos der Aufsteiger das Ziel, für alle Gerechtigkeit zu üben und nicht nur für einzelne Gruppen.

In acht Kapiteln stellt Höhler ihre Überlegen dar. Kapitel I (Abstiegsmanager an der Macht) beschäftigt sich mit der Abstiegsmentalität und kritisiert die Aufstiegsgegner. Absteigerängste bringen Unsicherheit, der starke Staat biete Sicherheit gegen Freiheit. In Kapitel II (Wer Gewinner isoliert, muss auch Verlierer isolieren) kritisiert sie den Staat als Aufstiegsgegner. Daher plädiert sie im 3. Kapitel (Auf den Gipfeln der Versuchung) für ein neues Ethos der Macht. Es folgen im 4. Kapitel (Brevier für Mächtige und solche, die es werden wollen) Hinweise, wie mit Macht umgegangen werden soll. Kapitel V (In der Krise werden Wunder weiblich) beschäftigt sich mit dem Aufstieg der Alphafrauen. In Kapitel VI (Rettung für negati-

ve Helden) kritisiert sie die Entgleisungen von Topmanagern, die aus Leistungsträgern Feindbilder statt Vorbilder schaffen. Das Verhalten der Politik heute wird in Kapitel VII (Aufstiegsmanagement – die Politik muss liefern) kritisiert. Krisen kosten Freiheit, da der Politiker Sicherheit bietet und dafür Freiheit abverlangt. In Kapitel VIII (Turnaround für Abstiegsmanager: Aufstieg für alle) kritisiert sie die Wirtschaftspolitik und spricht sich für einen größeren Gestaltungsraum für den Einzelnen aus.

Das lesenswerte Buch ist sehr engagiert und verständlich geschrieben. Zu jedem Unterkapitel gibt es Illustrationen von Klaus Menzel und darunter jeweils zusammenfassend einige Kernsätze als Zitate aus den vorherigen Ausführungen. Das Buch gibt gute Impulse zur Überwindung der Lethargie in Deutschland – wobei Höhler großen Wert auf eine ethische Neubesinnung legt.

■ Fragekasten: Wie kam es zu der hohen Staatsverschuldung und wird langfristig dadurch nicht die Handlungsfähigkeit des Staates eingeschränkt?

Leserfragen beantwortet von Werner Lachmann

Als Kanzler Ludwig Erhard 1966 gestürzt wurde, gab es in der Bundesrepublik (letztmalig!) einen Budgetüberschuss von 2,5 Mrd. DM. Die Bundesschuld betrug 49,7 Mrd. DM. Im Jahre 1982, dem letzten Jahr der Regierung Schmidt, gab es ein Budgetdefizit von 70 Mrd. DM. Der Bund hatte 309 Mrd. DM Schulden angehäuft. Bundeskanzler Kohl verdreifachte die Bundesschuld nochmals.

In den ersten 15 Jahren der Bundesrepublik herrschten ordnungspolitische Vorstellungen der Sozialen Marktwirtschaft vor. Die Politik der Nachkriegszeit zeichnete sich durch hohe Verantwortung und Langfristigkeit aus. Dann kam die Zeit der „Macher“, deren primäres Ziel die Machterhaltung der Partei war. In einer Demokratie sind Steuern unbeliebt – dagegen werden Staatsausgaben von vielen

Gruppen gefordert. Da das Grundgesetz keine festen und einklagbaren Grenzen der Staatsverschuldung setzte, bediente sich die Politik der Schuldenaufnahme zur Finanzierung von wählerwirksamen sozialen Maßnahmen.

Gewissermaßen litt Deutschland unter einer Selbstbedienungsmentalität auf allen Ebenen. Dabei gab es ein demokratisches Manko. Der Bürger hatte in dieser Demokratie kaum Mitwirkungsrechte. Alle 4 Jahre durfte er wählen (und wurde vorher manipuliert). Wir haben in Deutschland eine Republik – aber keine Demokratie des Volkes – eher eine Mediokratie.

Ein weiteres Anwachsen der Staatsverschuldung kann gefährliche gesellschaftliche Folgen haben. Eine Staatsverschuldung von 1.800 Mrd. € führt bei einem Zinssatz von 3 % zu Zinszahlungen in Höhe von

54 Mrd. €. Eine Erhöhung der Zinsen um 1 % führt zu einer Belastung des Budgets von nochmals 18 Mrd. €. Der Staat verliert wirtschaftspolitischen Freiraum. Deshalb muss der Zinssatz niedrig bleiben – da ansonsten die öffentliche Hand Budgetprobleme bekommt. Die können dann nur in eine Inflation münden. Deshalb ist es Zeit, endlich das finanzpolitische Steuer zurückzuerdern. Entweder müssen die Regeln (Grundgesetz!) geändert werden (mit Sanktionen!) – oder in Gesellschaft und Politik gibt es eine Renaissance der Moral. Ohne ethische Erneuerung wird wohl die Überwindung der Staatsverschuldung kaum möglich sein.

(Vgl. auch die Ausführungen „Ist unsere Staatsverschuldung ethisch noch vertretbar?“ in Wirtschaft und Ethik 14:2 vom November 2003!)

■ Gesellschaft im Wandel

Rezension von Werner Lachmann

Kramer, Rolf: Gesellschaft im Wandel. Eine sozioethische Analyse, Berlin 2007 (Dunker & Humblot), 243 S. ISBN 978-3-428-12463-3

Unsere Gesellschaft befindet sich seit einigen Jahren im Umbruch. Hervorgehoben wird er durch den demografischen Wandel, lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit und Aushöhlung des Solidaritätsgedankens. Die Entstehung eines religiösen Pluralismus und der beobachtete Wertewandel führen zu neuen Lebenseinstellungen der Bürger. Gesellschaftliche Auflösungskräfte haben auch zur Aushöhlung christlich-humanistischer Grundwerte geführt.

Kramer handelt das Thema in acht Kapiteln ab. Kapitel 1 behandelt „die sozialpolitische Herausforderung“. Eine nicht mehr sozial eingebundene Individualisierung hatte schon im antiken Griechenland und in Rom zu gesellschaftlichem Verfall geführt. Angestrebte Selbstverwirklichung zerstört Partnerschaften. Überlieferte Werte stimmen nicht mehr mit den heutigen Vorstellungen überein. Das Verhältnis von Reichtum und Armut, soziale Gerechtigkeit und soziale Verantwortung sowie der Bedeutungsverlust von Ehe und Familie werden problematisiert.

Kapitel 2 behandelt „neue ökonomische Strukturen“. Es erfolgt eine gute Darstellung der Marktwirtschaft und ihrer theologischen Bewertung (insbesondere der Sozialen Marktwirtschaft) sowie des Ökologieproblems und der Arbeitslosigkeit. Bei den wirtschaftsethischen Problemen werden im Sinne einer christlichen Wirtschaftsethik Probleme der Korruption, der Bedeutung des Vertrauens, der Monetarisierung der Gesellschaft, der Globalisierung und Nachhaltigkeit und des Terrorismus abgehandelt.

Im Kapitel 3 (Kultur und Religion) erfolgt eine Klärung des Zusammenhangs von Religion und Christentum. Nach einer Abhandlung des Begriffes „Sünde“ wird untersucht, ob Hedonismus Inhalt der Sünde sein kann, wobei Gesundheit einen neuen Götzenkult übernehmen kann.

„Die Zukunft der Gesellschaft“ wird in Kapitel 4 abgehandelt. Nach einer Darstellung

des demografischen Problems erfolgt eine Erörterung des christlichen Menschenbildes, des Altersbegriffs und der Mehrgenerationenfamilien. In diesem Kapitel finden sich klare theologische Aussagen zu den angesprochenen Problemen.

Anschließend werden in Kapitel 5 „Altersbilder in der Antike“ (die Alten in Athen, Sparta, Rom, der Kaiserzeit und im antiken Christentum) besprochen und in Kapitel 6 „der Wohlfahrtsstaat“. Gemeinwohl, soziale Gerechtigkeit und das Problem der Armut in einer Wohlstandsgesellschaft werden behandelt. Kapitel 7 diskutiert „über Leben und Sterben des Menschen“. Hierbei wird eine medizin-ethische Konsensfindung beim Umgang mit Embryonen eingefordert und über „Leben und Tod des Menschen“ aus biblischer Sicht – auch im Hinblick auf „Sterbehilfe“ referiert.

Den Abschluss bildet Kapitel 8 mit einem „Rückblick und Ausblick“. Hierbei wird der Zusammenhang aller Gesellschaften aufgezeigt, da alle in einer Welt leben. Kramer fordert Toleranz und Akzeptanz des anderen, um dann auch kooperieren zu können. Nach einer Untersuchung der Steuerung der Gesellschaft (mit Hilfe der Zwei-Regimenter-Lehre) wird nach der Verantwortung gegenüber dem nahen und fernen Nächsten gefragt und die Gesellschaft unter endzeitlichen Aspekten erörtert. Das Buch endet mit einer Behandlung über „das Ende der Welt und die Vollendung der Gesellschaft“. Kramer betont, dass Gott nicht „Nein“, sondern „Ja“ zu des Menschen natürlichem Dasein sagt. Der Christ wartet auf die Auferstehung der Toten und ein Leben der zukünftigen Welt. Dennoch – obwohl er Gottes Willen nicht immer kennt – darf er auf gesellschaftliches Handeln zur Eindämmung des Bösen und zur Erleichterung des Lebens der Mitmenschen nicht verzichten.

Die klaren sachlichen Aussagen, verbunden mit überzeugenden theologischen Argumenten, machen Kramers Darstellung zu einem lesenswerten Buch für alle, die sich über wirtschaftsethische Probleme unserer heutigen, im Wandel begriffenen Gesellschaft informieren wollen.

■ Über die GWE

Ziel – Arbeit – Impressum

Das Ziel

Die GWE ist ein Verein zur Förderung von Forschung und Lehre in den Wirtschaftswissenschaften auf Grundlage einer Ethik, die auf dem biblischen Welt- und Menschenbild beruht.

Die Arbeit

Wir regen Forschung zu wirtschaftsethischen Fragen an und unterstützen diese, führen Fachtagungen und Seminare durch und geben den halbjährlichen Informationsdienst „Wirtschaft und Ethik“ heraus. Zu den Themen Wirtschaftsethik, Entwicklungspolitik und ökologische Wirtschaftspolitik bereiten wir wissenschaftliche Publikationen vor und geben sie heraus.

Vorstand

Vorsitzender der GWE e.V. ist Prof. Dr. h.c. Werner Lachmann Ph.D., stellvertretender Vorsitzender ist Prof. Dr. Karl Farmer. Darüber hinaus gehören dem Vorstand an: Dr. Otto Haß, Dr. Helmut de Craigher, Matthias Vollbracht, Dr. Harald Jung.

Mitgliedschaft

Wer Christ ist und aktiv die Anliegen der GWE unterstützen möchte, kann einen Antrag auf Mitgliedschaft beim Vorstand stellen.

Impressum „WIRTSCHAFT UND ETHIK“

Herausgeber:

Gesellschaft zur Förderung von
Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V. (GWE)
Wacholderweg 6
91154 Roth-Bernlohe
Tel./Fax: +49 (0)9172-2450/-2523
Bürozeit: Di: 9–12 Uhr
E-Mail: info@wirtschaftundethik.de
Internet: <http://wirtschaftundethik.de>
Bankverbindung:

Sparda-Bank Nürnberg e.G.
BLZ 760 905 00
Kto.-Nr. 102 10 60
IBAN: DE82 7609 0500 0001 0210 60
BIC: GENODEF 1S06

Satz: Matthias Vollbracht/Karin Rekowski

Druck: Haider, Roth

Bitte teilen Sie uns Adressänderungen rechtzeitig mit.